

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis: sechsmonatlich 2,50 M., vierteljährlich 1,50 M., monatlich 50 Pf., für den Rest des Jahres 5 M. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,50 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich überall.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgebundene Wort 20 Pf., (täglich 2 festgebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeld und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 10. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Gemeinden und Nahrungsmittelfürsorge.

Von Paul Hirsch.

Die sich häufenden Fälle von Dinterziehungen notwendiger Nahrungsmittel durch gewissenlose Händler und von Bewucherung der Verbraucher legen die Frage nahe, ob die Gemeindebehörden ihre Pflichten im vollen Umfange erfüllt haben. Die Beantwortung dieser Frage ist nicht möglich ohne eine zusammenfassende Schilderung der Aufgaben, die den Gemeinden auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfürsorge durch die Kriegsgesetzgebung übertragen sind.

Der Kreis der gemeindlichen Betätigung hat durch den Krieg eine wesentliche Erweiterung erfahren. Wenn zu irgend einer Zeit, so hat es sich bei Kriegsausbruch bitter gerächt, daß sich die deutschen Städte früher den sozialdemokratischen Anträgen auf Regelung des Nahrungsmittelverkehrs gegenüber in ihrer großen Mehrheit ablehnend verhalten haben. Hatte doch der Vorstand des deutschen Städtetages ausdrücklich erklärt, daß es nicht als Aufgabe deutscher Städte angesehen werden könnte, dauernd in die Preisgestaltung von Lebensmitteln eingzugreifen und Mängel der Wirtschaftspolitik durch kommunale Maßnahmen auszugleichen! In der Tat hatte — von kleinen Ansätzen in München abgesehen — bis zum Januar 1912 noch nicht eine einzige deutsche Stadt den Ein- und Verkauf von Fleisch selbst in die Hand genommen. Erst als im August 1912 die Vieh- und Fleischpreise, besonders die Schweinepreise, eine ganz gewaltige Steigerung erlitten, griffen die Stadtverwaltungen in den Prozeß der Fleischversorgung ein, sie errichteten kommunale Mästereien, sie kauften Fleisch oder lebendes Vieh und verkauften das Fleisch auf eigene Rechnung an die Konsumenten. Aber auch jetzt noch gingen sie nur zögernd an die neue Aufgabe heran. Im ganzen hatten im Jahre 1912 erst 55 deutsche Gemeinden zusammen für 6,5 bis 8 Millionen Mark Schlachtvieh angekauft, 202 hatten die Versorgung der Bevölkerung mit frischem Fleisch übernommen, 163 hatten einen Fischverkauf, 5 einen Kartoffelverkauf eingerichtet, und in 8 Städten bestanden eigene Schweinemästereien.

Nach schlimmer stand es mit der Milchversorgung. Nur hier und da stößen wir auf Ansätze zu einer Organisation des Milchhandels in der Form, daß Stadtgemeinden sich an genossenschaftlichen Gründungen, sogenannten Milchzentralen, beteiligten und sich einen gewissen Einfluß, sei es in preisbildender, sei es in qualitätsverbessernder Hinsicht sicherten.

Allmählich scheint den Gemeindebehörden die Erkenntnis dafür aufzugehen, wie verfehlt es gewesen ist, der Lebensmittelversorgung nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen. So heißt es in einer Vorlage des Karlsruher Stadtrats an den Bürgerausschuß vom Jahre 1915: „Hätte die Stadtverwaltung und damit die städtische Bevölkerung über eine kraftvolle Organisation verfügt, durch die sie die städtischen Interessen in der Milchversorgung gegenüber dem Interessenstandpunkte der landwirtschaftlichen Produktion zusammenfassen und wirksam vertreten könnte, so hätte sie aller Voraussicht nach eine Steigerung des Milchpreises auf die jetzige Höhe von 26 Pf. verhüten, jedenfalls eine viel leichtere Anpassung des Milchpreises an die jeweilige Veränderung der Produktionsbedingungen erreichen können. . . . Eine gut organisierte Milchzentrale ist eben in der Lage, auf der einen Seite Kraft der von ihr angebahnten und gepflegten Beziehungen zu den Produzenten jeweils die günstigsten Bedingungen für den Bezug der Milch anzunehmen, wie sie auf der anderen Seite durch die technischen Einrichtungen für die Verwertung der Milch und durch die planmäßige Organisation der Milchverteilung mit der geringsten Spannung zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis auskommen kann.“ Ähnlich günstige Erfahrungen wie Karlsruhe mit der Milchversorgung hat Ulm mit der Fleischversorgung erzielt. Ulm ist eine der wenigen Städte, die es verstanden hat, sich über theoretische Einwände hinwegzusetzen und zur Eigenproduktion überzugehen, sie gehört der Genossenschaft für rationelle Schweinezucht an, von der sie jährlich 2000 bis 3000 Schweine bezieht, und war dadurch in der Lage, das Schweinefleisch an Kriegsfamilien zu dem verhältnismäßig billigen Preise von 1 M. das Pfund abzugeben. Rindfleisch konnte sie, da sie Rinder und Ochsen besser Rasse mästen läßt, das Pfund für 1,05 M. verkaufen, ihren Kartoffelbedarf kann sie, da sie sich auch der Kartoffelproduktion zugewandt hat, in vollem Umfange selbst decken, und dabei beläuft sich der Selbstkostenpreis auf nur 2 M. für den Hektar.

Diese Beispiele zeigen, was die Gemeinden zu leisten imstande sind, sie sind ein glänzender Beweis für die Richtigkeit unseres Programms, und sie werden uns nach dem Kriege eine wertvolle Handhabe zur Begründung unserer Forderungen bieten. Aber auf der anderen Seite verkennen wir nicht, daß es jetzt während des Krieges, wo so gewaltige Anforderungen an die Gemeinden gestellt werden und wo es überall an Menschenmaterial mangelt, nicht gut oder doch nur sehr beschränktem Maße möglich ist, plötzlich zur Eigenproduktion überzugehen. Jahrzehntelange Vernachlässigungen sind nicht in wenigen Wochen oder Monaten wett zu machen.

Worauf es jetzt für die Gemeinden ankommt, ist die vorhandenen Nahrungsmittel richtig zu verteilen, die Bevölkerung vor Bewucherung zu schützen und von den ihnen durch die bundesrätlichen Bekanntmachungen erteilten Befugnissen den zweckentsprechenden Gebrauch zu machen. Genosse Robert Schmidt hat in seinem Artikel „Mängel in der Lebensmittelversorgung“ in Nr. 123 des „Vorwärts“ überzeugend nachgewiesen einmal, daß die Bundesratsverordnung betreffend den Verkehr in Fleisch ungenügend ist und sodann, daß auch die Berliner Gemeindebehörden bei der Ausübung ihrer Rechte auf halbem Wege stehen geblieben sind. Was für Groß-Berlin gilt, gilt mit wenigen Ausnahmen für alle deutschen Gemeinden. In allzu garter Rücksichtnahme auf die Interessen der kleinen Händler, die sie nicht schädigen möchten, schreden sie vor ganzer Arbeit zurück und schädigen so die Interessen der Gesamtheit. Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 27. März 1916 verpflichtet die Gemeinden, eine Verbrauchsregelung von Fleisch und Fleischwaren in ihren Bezirken vorzunehmen. Als Fleisch im Sinne dieser Verordnung gilt das Fleisch von Rindvieh, Schafen und Schweinen, als Fleischwaren gelten Fleischkonserven, Mäckerwaren von Fleisch, Würste aller Art sowie Speck. Die Befugnisse der Gemeinden regeln sich nach der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung. Hiernach sind die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern verpflichtet, andere Gemeinden und Kommunalverbände sind berechtigt, Preisprüfungsstellen zu errichten, die unter anderem die den örtlichen Verhältnissen angemessenen Preise zu ermitteln und die zuständigen Stellen bei der Ueberwachung des Handels mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs sowie bei der Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise und über die Regelung des Verkehrs mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs zu unterstützen haben. Besonders weitgehend sind diese Befugnisse nicht, namentlich dann nicht, wenn man berücksichtigt, daß wir tatsächlich eine Knappheit an Nahrungsmitteln haben. Gerade diese Knappheit ist es ja, die den wucherischen Manipulationen Tür und Tor öffnet. Wären die Nahrungsmittel ausreichend, dann würde es nicht möglich sein, notwendige Lebensmittel zurückzuhalten oder durch Ueberschreitung der Höchstpreise die Bevölkerung zu betriegen. Das sollten sich die Vorkämpfer der Landwirtschaft gesagt sein lassen, die jetzt so frohlocken darüber, daß hier und da in den Städten unlautere Elemente aus dem Kreise der Händler er-tappt sind. So scharf wir das Verhalten dieser Händler beurteilen, so dürfen wir uns doch durch den Unwillen, den ihr Gebaren bei allen ausländischen Elementen hervorruft, nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß der Boden für ihre Handlungsweise erst dadurch geebnet worden ist, daß die deutsche Landwirtschaft trotz der hohen Zölle außerstande ist, das deutsche Volk ausreichend zu ernähren. Gerade die Erscheinungen des Krieges haben uns von neuem wertvolle Waffen zum Kampfe gegen die Lebensmittelzölle geliefert und gezeigt, daß wir mit unserer Forderung auf Beseitigung aller Lebensmittelzölle auf dem richtigen Wege sind.

Das muß man sich vor Augen halten, wenn man sich fragt, was die Gemeinden heute zu tun in der Lage sind. Ihre Aufgabe ist es im wesentlichen, den Verkehr in die richtigen Bahnen zu lenken und eine strenge Kontrolle über die von ihnen getroffenen Anordnungen auszuüben. Ist wenig vorhanden, dann muß dafür gesorgt werden, daß wenigstens das, was da ist, gerecht verteilt wird.

Allgemein durchgeführt ist die Rationierung eigentlich nur beim Brot und Mehl. Hier hat das Reich von vornherein mit kräftiger Hand zugegriffen und jeder Spekulation vorgebeugt. Beim Zucker hat man einen ähnlichen Weg beschritten, allerdings erst reichlich spät, so daß die Nationen, die auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, in gar keinem Verhältnis zu der Produktion an diesem unentbehrlichen Nahrungsmittel stehen. Bei den Kartoffeln, der Milch, dem Fett und dem Fleisch hat die Regierung von so durchgreifenden Maßnahmen wie beim Brot und Mehl Abstand genommen. Die Folgen sehen wir in den bedauerlichen Erscheinungen, die wir tagtäglich beobachten können, daß Tausende von Käufern die Läden belagern und schließlich nach stundenlangem Warten ununterrichteter Sache nach Hause gehen müssen. Ganz besonders tritt der Mißstand jetzt bei dem Verkehr in Fleisch zutage; er hätte vermieden werden können, wenn die Regierung sich zur Einführung der Reichsfleischkarte entschlossen hätte. In Württemberg, Bayern und Sachsen ist sie von Landeswegen eingeführt, in Preußen nicht. Um so mehr sollten die Gemeinden von ihrer Befugnis Gebrauch machen und wenigstens für ihren engen Bezirk so schnell wie möglich zur Einführung von Fleischkarten übergehen. Die Schwierigkeiten sind groß, aber sie sind nicht unüberwindbar, und wenn auch nicht allen Wünschen dadurch Rechnung getragen werden kann, so kann doch das eine erreicht werden, daß das Quantum Fleisch, über das die Gemeinde verfügt, gerecht verteilt wird, damit nicht die einen wochenlang darben müssen, während die anderen täglich Fleisch essen können.

Hand in Hand damit muß die Schaffung besonderer städtischer Verkaufsstellen einhergehen, denn nur so ist eine ausreichende Kontrolle möglich. Für die dadurch ausgeschalteten Händler bietet sich eine Verwendungsmöglichkeit als städtische Angestellte, die mit dem Verkauf be-

traut werden können, sie werden sich dabei nicht schlechter stehen als heute; aber allen Durchstechereien wird dadurch vorgebeugt. Selbst diejenigen, die an sich in dem Zwischenhandel ihr Ideal erblicken, werden sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß es sich hierbei um eine Kriegsnotwendigkeit handelt, hinter der jedes Sonderinteresse auf den einzelnen zurückzutreten hat.

Der offiziöse „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ schreibt: „Noch ist die Auffassung nicht überall durchgedrungen, daß die Gemeinden, ebenso wie das Feuerlöschwesen, die Wasserversorgung, die Gas- und Elektrizitätsherstellung in die Hand genommen haben, unter der Kriegswirtschaft geradezu verpflichtet sind, Verteilung und Organisation am Lebensmittelmarkt in die Hand zu nehmen.“

Man sollte darauf bedacht sein, die Milch- und die Fleischversorgung zu regeln. Am durchgreifendsten wird hierbei die Errichtung von Eigenerzeugungsstätten wirken neben weitgehender Unterstützung der Eigenerzeugung der Verbraucher. Wege dazu gibt es genügend. Die Gemeinden können Mittler zwischen landwirtschaftlichen Erzeugungsstätten und den in ihrem Bezirk wohnenden Kleinhändlern sein, denen die gleichmäßige Verteilung an die Verbraucher übertragen wird. Sie können auch zur Eigenerzeugung übergehen und städtische Molkereien und Schweinemastanstalten errichten. Sie können auch durch Mietung leerstehender Ställe, Beschaffung von Milchläden und Milchzügen innerhalb der Verbrauchertreife und der berufsmäßigen Molkereien steigend auf die Erzeugung wirken. Sie können durch Gewährung von Prämien in gleichem Sinne anregend tätig sein, kurz, in der Hand der Gemeinden liegt eine große Zahl von Hilfsmitteln, durch die die Verhältnisse am Lebensmittelmarkt wesentlich gebessert werden können.

Das Gleiche gilt für die Bodenbestellung. Stellenweise ist zweifellos die Landwirtschaft nicht in der Lage gewesen, in gleichem Umfange wie früher die Felder zu besorgen. Arbeiter-, Spannbich- und Düngemangel haben manchen Landwirt veranlaßt, zu seinem Eigenbesitz hinzugepackete Ackerflächen aufzugeben. Er ist mit der Bearbeitung seines Bestes mehr als ausreichend beschäftigt. Diese entstandene Lücke müssen die Gemeinden auszufüllen bemüht sein und sie müssen nach Möglichkeit hierfür freiwillige Kräfte aus ihrem Einwohnerkreis heranziehen, die vaterländisch denken und ihre Kraft und Kenntnisse geru in den Dienst der Allgemeinheit stellen.“

## Die Antwort Amerikas.

London, 9. Mai. (Z. U.) Die Blätter vernehmen aus Washington, daß am Montag eine kurze Note — die Antwortnote auf die deutsche — nach Berlin gesandt wurde.

London, 9. Mai. (W. Z. U.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die amerikanische Regierung hat gestern eine Antwortnote an Deutschland abgesandt; sie enthält nur zweihundert Worte.

London, 9. Mai. (W. Z. U.) Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Die amerikanische Note an Deutschland hat folgenden Wortlaut:

Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. ist von der Regierung sorgfältig entworfen worden. Sie ist namentlich zur Kenntnis genommen worden als Angabe der Absicht der Kaiserlichen Regierung, künftig ihr Neuzerstes zu tun, um die Kriegsoperationen für die Dauer des Krieges auf die Bekämpfung der Streitkräfte der Kriegsführenden zu beschränken, und daß sie beschlossen hat, allen ihren Kommandanten zur See die Beschränkungen aufzuerlegen, die die Regeln des Völkerrechts anerkennen, und worauf die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seitdem die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 denjenigen Unterseebootkrieg angekündigt hat, der jetzt glücklicherweise aufgegeben ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren geduligen Bemühungen, die kritischen Fragen, die aus jener Politik entstanden sind, und die die guten Beziehungen der beiden Länder so ernstlich bedrohten, zu einem freundschaftlichen Ausgleich zu bringen, beständig durch die Gefühle der Freundschaft leiten und zurückhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten verläßt sich darauf, daß jene Erklärung hinfort gewissenhaft ausgeführt werden wird. Die jetzige Aenderung der Politik der Kaiserlichen Regierung ist geeignet, die hauptsächlichste Gefahr einer Unterbrechung der guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu beseitigen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält es für notwendig zu erklären, daß sie es für ausgemacht hält, daß Deutschland nicht beabsichtigt, annehmen zu lassen, daß die Aufrechterhaltung der neu angefügten Politik in irgendeiner Weise von dem Verkauf oder dem Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegsführenden Regierung abhängt, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai so ausgelegt werden könnten. Um jedoch ein mögliches Mißverständnis zu vermeiden, tut die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung zu wissen, daß sie sich keinen Augenblick auf die Idee einlassen, geschweige sie erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See durch die deutschen Marinebehörden irgendwie oder in

geringsten Maße von dem Verhalten einer anderen Regierung abhängig gemacht werden sollte, denn die Verantwortung mit Bezug auf die Rechte der Neutralen und der Nichtkämpfer ist etwas Individuelles und nichts Gemeinschaftliches, etwas Absolutes und nicht etwas Relatives.

Notiz des W. L. B. Wie wir festgestellt haben, liegt der deutschen Regierung diese Note noch nicht vor.

## Die Aufnahme der deutschen Note in Amerika.

Wien, 8. Mai. (W. L. B.) Der Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ in Washington sendet Funkprüche, in denen es unter anderem heißt: In Kongresskreisen enthält man sich nach des Urteils, aber die Empfindung herrscht vor, daß die Regierung nicht im Rechte wäre, wenn sie jetzt zum Bruch schreiten sollte. Senator Hughes sagte: „Ich glaube nicht, daß ein Bruch gerechtfertigt wäre bei dieser Antwort. Der Hafen scheint nur zu sein, daß die Versprechungen bedingungsweise gegeben sind. Die Entschlüsse der Note enthalten sogar eine Art Drohung.“ — Die letzten Berichte deuten an, daß die Note von der Regierung allein im Lichte der Anweisungen an die Kommandanten der deutschen Seestreitkräfte betrachtet und daher für befriedigend gehalten wird, wenn nicht etwa neue Fälle sich ereignen. Der Ton ist aufreizend, aber noch aufreizender scheint in dieser Note die Beweisführung und die Notwendigkeit eines Vorgehens gegen England zu sein. Ob eine Antwort erfolgen wird, ist noch unentschieden. — Das Kabinett hält die Note für unangenehm, aber sehr geschickt aufgesetzt. Die überwiegende Mehrheit stimmt dahin überein, daß ein Bruch unmöglich ist. Von noch größerer Wichtigkeit als die Erfüllung der amerikanischen Forderungen wird die erste amtliche Ankündigung angesehen, daß Deutschland bereit sei zum Frieden. Eine Umfrage im Kongress enthält die Furcht mancher Kreise, daß die Note amerikanische Sympathien zugunsten Deutschlands erwecken werde. Einige denken, die Antwort sei zu sehr antibritisch gehalten. Was die Amerikaner hauptsächlich stört, ist das klare Verlangen der Note, gegen England vorzugehen. Die Berechtigung dieses Verlangens ist zu offensichtlich, und es verursacht daher die größte Unruhe, da viele Zeitungen und führende Männer gerade ein derartiges Vorgehen verlangen. Alles in allem ist der Eindruck ausgezeichnet.

New York, 5. Mai. (Funkpruch des Vertreters von W. L. B.) Die deutsche Antwort ist südwestlich angekommen und ebenso veröffentlicht worden. Der erste Teil der Antwort, welcher früh am Vormittag eintraf, machte einen entschieden unvoreilhaftigen Eindruck, welcher jedoch nach Eingang des vollständigen Textes einer hoffnungsvolleren Empfindung wich. Die Meinung über den Wert der deutschen Zugeständnisse ist geteilt, aber die Meinung überwiegt, daß die Zugeständnisse annehmbar seien.

„Associated Press“ berichtet aus Washington: Wilson und das Kabinett prüften die Antwort sorgfältig. Die erste Empfindung, daß sie nicht zufriedenstellend sei, wurde durch den Inhalt der neuen Befehle an die Unterseebootkommandanten etwas gemildert, während man für die endgültige Entscheidung den amtlichen Text abwartet. Einige Kabinettsmitglieder deuteten an, daß die deutschen Zusicherungen wahrscheinlich angenommen und die diplomatischen Beziehungen nicht abgebrochen werden würden, außer wenn der Befehl an die Unterseebootkommandanten verlegt und Amerikaner in Lebensgefahr gebracht würden. Die Kabinettsitzung dauerte zwei und eine halbe Stunde und war die längste seit vielen Monaten.

Während der allgemeine Ton der Note einen ungünstigen Eindruck machte, stellten amtliche Kreise sich auf den Standpunkt, daß die Ausdrucksweise nichts zur Sache tue, wenn die Bürgerchaften nur zuverlässig seien. Die Erklärung Deutschlands, daß neue Befehle an die Unterseebootkommandanten erlassen seien, Kaufschiffahrt, welche völkerrechtlich anerkannt seien, nicht ohne War-

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 9. Mai 1916. (W. L. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Anschluß an die Erfolge auf der Höhe 304 wurden mehrere südlich des Termitenhügels (südlich von Haucourt) gelegene feindliche Gräben erfrümt.

Ein Versuch des Gegners, das auf Höhe 304 verlorene Gelände unter Einsatz starker Kräfte zurückzuerobern, scheiterte unter für ihn schweren Verlusten. Ebenfalls hatten französische Angriffe auf dem Ostufer der Maas in der Gegend des Thiamont-Gebüshes Erfolg. Die Zahl der französischen Gefangenen dort ist auf drei Offiziere 375 Mann (außer 16 Verwundeten) gestiegen, es wurden 9 Maschinengewehre erbeutet.

Von den übrigen Fronten ist außer mehreren für uns erfolgreichen Patrouillenunternehmungen nichts Besonderes zu berichten.

### Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Oberste Seeresleitung.

## Gefecht zwischen deutschen und englischen Torpedobooten.

Berlin, 9. Mai. (W. L. B.) Amlich. Gelegentlich einer Erkundungsfahrt hatten zwei unserer Torpedobooten nördlich Ostende am 8. Mai vormittags ein kurzes Gefecht mit fünf englischen Zerstörern, wobei ein Zerstörer durch Artillerietreffer schwer beschädigt wurde. Unsere Torpedobooten sind wohlbehalten in den Hafen zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 9. Mai. (W. L. B.) Amlich wird verlautbart:

Nirgends besondere Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.

v. Foeser, Feldmarschalleutnant.

Die deutsche Antwort, wurde als Hauptpunkt der Note angesehen, Deutschlands Weigerung, den Angriff auf den Dampfer „Suffez“ offen zuzugeben, wurde neben der hauptsächlichsten Erklärung als nebensächlich angesehen.

Der Kongress hat die Note ruhig aufgenommen; seine Mitglieder äußern sehr verschiedene Meinungen. Einige denken, die Antwort sei günstig; einige hatten ihre Zweifel wegen der offensichtlich mit ihr verknüpften Bedingungen; einige andere meinten, die Note habe die Verhandlungen einem Ausgleich überhaupt näher geführt.

Nach der Kabinettsitzung äußerte man im Staatsdepartement, man werde keine eilige Aktion beginnen, und angesichts der Länge der Note und der Notwendigkeit, sie sorgfältig durchzuarbeiten, sei es unwahrscheinlich, daß vor nächster Woche eine Entscheidung getroffen werden würde.

„Evening Post“ berichtet aus Washington, dort Beständen über die Bedeutung der Antwortnote zwei gleichstark vertretene Meinungen. Wenn Wilson seinem eigenen Urteile folge, welches vor einiger Zeit dahin ging, daß ein Unterseeboot Menschenleben nicht wirksam sichern könne, und wenn er seinem ersten Impuls folge, so werde der Abbruch der diplomatischen Beziehungen da sein. Wenn Wilson jedoch auf den Kongress höre und die Versicherungen aus dem Lande abwärts, so werde er ein so weites Auseinandergehen der Standpunkte bemerken, daß es ihm zweifelhaft erscheinen würde, ob die öffentliche Meinung den Abbruch billigen würde.

## Eine amtliche Abschüttelung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Zeitungen haben eine Unterredung veröffentlicht, in der sich der hiesige amerikanische Botschafter Mr. Gerard über böswillige Erfindungen äußerte, die ihn und seine Gemahlin deutschfeindlicher Gesinnungen und Handlungen bezichtigt haben. Daß sich Leute zu Trägern und Verbreitern solcher Erzählungen hergegeben haben, sollte man kaum für glaublich halten. Es versteht sich von selbst, daß niemand, der den Botschafter und seine Gemahlin kennt, am wenigsten amtliche Kreise, an die Wahrheit dieser Ausstreunungen geglaubt hat. Aber wir sind der Meinung, daß sie nicht scharf genug zurückgewiesen werden können.

## Ablehnung einer Friedensvermittlung durch Wilson?

Rotterdam, 9. Mai. (W. L. B.) Dem „Maasbode“ zufolge melden „Central News“ aus Washington, man versichere in unterrichteten Kreisen, daß Präsident Wilson das Ersuchen des Papstes um Vermittlung zugunsten des europäischen Friedens rundweg abgelehnt habe.

## Freilassung des deutschen Konsuls von Saloniki.

Toulon, 9. Mai. (W. L. B.) (Meldung der „Agence Havas“.) Auf Befehl des Ministers des Auswärtigen ist der deutsche Konsul in Saloniki und sein Personal, welche sämtlich vor einigen Monaten nach Toulon gebracht und in einem Fort interniert waren, an die Schweizer Grenze geführt worden.

## Venizelos gewählt.

Bern, 9. Mai. (W. L. B.) Laut einer Athener Meldung des „Welt Journal“ ist Venizelos in Rhilene zum Abgeordneten gewählt worden. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Venizelos erklärte, daß er seinen Sitz im Parlament nicht einnehmen werde.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. Mai. (W. L. B.) Amlicher Bericht vom Montag nachmittag. Auf dem linken Ufer der Maas dauerten die Kämpfe im Laufe der Nacht erbittert an. In der Gegend der Höhe 304 brachen sich die wütenden Versuche des Feindes vor unserem Widerstande und brachten den Deutschen nur außerordentlich hohe Verluste ein. Ein lebhafter Gegenangriff unserer Truppen vertrieb den Feind aus dem Verbindungsgang östlich der Höhe 304, wo er sich gestern festgesetzt hatte. Wir machten etwa 50 Gefangene. Auf dem rechten Ufer der Maas in der Gegend südlich des Waldes von Haubromont warfen wir im Laufe einer Reihe von Nachkämpfen die Deutschen aus dem größten Teile der Abschnitte erster Linie wieder heraus, in die sie gestern eingedrungen waren. Etwa 80 Gefangene, darunter 2 Offiziere blieben in unseren Händen. Es befähigt sich, daß die gestern auf einer Front von über zwei Kilometern zwischen dem Walde von Haubromont und dem Fort Douaumont ausgeführte Angriffunternehmung dem Feinde bedeutende Opfer gekostet hat. An der übrigen Front verlief die Nacht ruhig, außer in der Gegend des Waldes von Cumleres und von Jure westlich von Pont-a-Mousson, wo sich die Artillerie sehr tätig zeigte.

Flugwesen: Zwei deutsche Flugzeuge wurden im Luftkampf in der Gegend von Verdun zum Absturz gebracht. Eins von ihnen fiel in der Gegend von Ornes nieder, das andere, das ernstlich beschädigt war, war gezwungen, südlich von Argannes zu landen.

Paris, 9. Mai. (W. L. B.) Amlicher Bericht vom gestern abend. Am linken Ufer der Maas dauerte die Beschließung mit derselben Festigkeit auf den Wald von Abcourt so wie in der ganzen Gegend der Höhe 304 an. Ein im Laufe des

Jetzt sollte uns die Hütte zur Sicherung als Vorposten dienen. In ihr sah es traurig aus. Drei Erwachsene und zwei Kinder waren die Insassen. Ein Mann, ungefähr 70 Jahre alt, und zwei Frauen, eine Anfang der Dreißiger — die Mutter der Kinder im ungefähren Alter von einundhalb und vier Jahren, wohingegen die andere Frau an fünfundsiebzig Jahre zählen mochte. Wir machten den Leuten klar, daß sie sich zu entfernen hätten, waren ihnen behilflich, so schnell wie möglich alles Nötige auf dem Bauernwagen zu verladen, setzten Frauen und Kinder oben auf und bald war der Wagen auf dem Wege ins Dorf unseren Blicken entschwunden. Doch der Alte war durch nichts zu bewegen, seinen Herd zu verlassen; hatte er doch bemerkt, daß wir keine Bomben waren. Denn vorher wurde die ganze Familie durch unsere Gulaschkanone gescheitert und konnte nicht so viel essen, wie sie bekam. Selbst die arg verängstigten Kinder waren zutraulich geworden. Doch der Alte war uns hinderlich. Zweimal hatten wir ihn schon den Frauen nach ins Dorf gewiesen; zweimal war er wieder zurückgekehrt, bis er endlich durch drei Kameraden direkt ins Dorf geführt wurde. Hierbei hatte ich zum erstenmal Gelegenheit, die Serben genauer kennen zu lernen. Etwas Schrofes, Herbes, Ediges kennzeichnete alle. Selbst die Frauen verraten ein etwas männliches Leuchten. Im allgemeinen ist es ein großer, kräftiger Menschenschlag. Das wechselnde Klima, die rauhe Gebirgslandschaft drückt ihnen den Stempel auf.

Den zweiten Tag lagen wir nun schon hier oben. Sollte es nicht zum Kampf kommen? Die letzte Nacht war ich auf Hochposten an einer Stelle, wo der Wald einen Ausblick gestattete. Links hatten wir angeblich nichts zu fürchten, ebenso sollte halbwegs ein Dorf in einer tiefen Schlucht von unseren Truppen besetzt sein. Nichts vom Feind zu merken. So war also unsere Kompagnie schon trotz ihrer isolierten Stellung ziemlich sorglos geworden.

Gegen zehn Uhr vormittags prasselte plötzlich heftiges Artilleriefeuer auf unsere Hütte hernieder. Wir traten heraus. Da empfing uns auch schon ein mörderisches Artillerie- und Infanteriefeuer. Der erste Zug war bereits nach ganz rechts ausgedrängt. Schleunigst mußten wir zurück und hinten herum am Abhang lang zur linken Flanke hinüber.

Doch wir konnten uns hier nicht entwickeln, mußten erst durch zu einer Lichtung. Unheimliches Feuer prasselte uns entgegen. Doch es half nichts. „Hinwerfen“, hieß es, im Stricken ausschwärmen und entwickeln. Eine Fede hielt uns auf. Schon kamen die Serben in wohlgeordneter Schützenlinie auf 300 Meter heran. Wie ich näher erfuhr, standen zwei Bataillone einer Kompagnie gegenüber. Was der Flintenlauf hergeben konnte, wurde verschossen. Wenn auch die Reihen drüben sich löseten, so waren es immer noch genug, uns zu erdrücken. Jetzt kam der Befehl: „Weiter vorgehen und etwas rechts schwenken.“ Ich hob das rechte Bein zum Sprung, da ein heftiger Schlag im Oberschenkel; ich konnte nicht auf. Ein Schuß hatte das Bein durchbohrt. Ich rief nach dem Sanitäter, doch es kam keiner, trotz rufend bis zur Gasse; da lagen sie und hatten das Kufen überhört. Ein Verband war bald angelegt; dann galt es, eine Stunde ins Dorf zum nächsten Verbandplatz zu kommen. Ich brauchte 1 1/2 Stunden mit Unterstützung des Sanitäters dazu. Wiederholt mußten wir uns hinwerfen, ehe wir aus dem Feuerbereich kamen. Dazu die Schmerzen, der schlüpfrige Weg; zum

## Kriegstage in Serbien.

(Schluß.)

### Mein Hochzeitstag.

Heute war ich fünf Jahre glücklich verheiratet. Wie freute ich mich im Frieden immer auf diesen Tag. Heute war das anders. Ein halbes Jahr als Soldat in Feindesland, wer weiß, was dieser Tag mir bringen konnte. Doch wir sollten ja heute in Reserve kommen, ich konnte also an meine Frau daheim einen Gruß richten.

In einem längst vom Feinde gesäuberten Dorfe sollten wir uns, so gut es ging, häuslich einrichten. Zweimal hatte unsere Gruppe schon ihren Platz dem Bataillonstabe räumen müssen. Endlich fanden wir noch ein leeres Gehöft. Ein Raum mit Kochmaschine, ein kleiner daneben mit dem in Serbien üblichen Feuerherd, über dem an einer Kette der Familienkessel baumelte, bildete die Küche. Für uns war es einem Schlosse ähnlich, denn wir hatten ein Dach über dem Haupte und draußen rieselte langsam ein warmer Regen herab. Betten waren nicht vorhanden; was fragt man im Kriege nach solchem Luxus, wenn man nur unbelästigt vom Feinde schlafen kann. Wir hatten ja unsere eigene Wohnung. So war eine Hängelampe, fast ganz gefüllt mit Petroleum, zierlich die Leuchte. Wir fühlten uns denn auch bald recht wohl, wir gingen an zu kochen. Ein Kamerad hatte einen Hammel geschlachtet, ein Feuer war bald gemacht. Inzwischen wurde Wasser geholt und vier Mann saßen und schälten Kartoffeln, die im Hause gefunden wurden. Kurz, es schien ein für den Krieg ganz netter Tag zu werden. Lustig brodelte bereits das Fleisch, lieblichen Duft verwehend; die Kartoffeln waren etwas zu früh fertiggekocht, es fehlte uns immer noch die Routine der Hausfrau. Jetzt aßen wir Kefel, Rüsse, Honigstullen. Das alles, bis auf das Brot natürlich, hatten Kameraden auf ihren Friedeckungsreisen ins Dorf erwischt. Den Schluß sollte der besagte Hammel machen. Nach dem Essen wollten wir uns um den Tisch legen und nach Hause schreiben, so war es abgemacht.

Gegen 1 Uhr mittags, wir fanden und plauderten, da erscholl draußen der Ruf: „Kompagnien sofort fertig machen!“ Jeder suchte seine Sachen zusammen, griff schnell nach den Kartoffeln, dem Fleisch, welches ungefähr noch dreierlei Stunde zu kochen baute, und hinaus ging es. Ein Stück Hammelfleisch nebst Kartoffeln füllte mein Kochgeschirr. Vielleicht konnte ich doch noch warm machen, und wenn nicht, schmeckt es auch kalt, sagte ich mir. Den Rest des Hammels mußten wir unseren Nachfolgern überlassen.

Wie unserer Gruppe, erging es natürlich auch den anderen. Alle waren beim Essen oder den Vorbereitungen geblieben. Nun fanden sie draußen, gebrochene Säbner, gefochte Kartoffeln oder sonstige Leckerbissen in Töpfen, Kapsen haltend, angetreten auf dem Platze. Ebe alles beisammen war, lauten wir schnell noch hinunter, was sich vertilgen ließ.

Eine Stunde Marsch nur, bis zum nächsten Dorf, hieß es. „Na, dann geht es ja noch“, sagten wir vergnügt; doch es kam schlimmer. Es waren bereits vier Stunden vorüber, bis wir endlich Halt machten, um schon nach zehn Minuten Halt weiter zu marschieren. Die meisten hatten sich schon des lederen Mittagmahles, das sie bei Be-

ginn des Marsches in allerhand Geräten in der Hand hielten, entledigt. Der süßliche Regen beglückte uns wieder und so war jede gute Stimmung dahin.

Kavallerie jagte im Galopp an uns vorüber, dem Feinde entgegen, ebenso Artillerie; Trainsolonnen kamen zurück. Es mußte nicht weit von uns etwas im Gange sein oder nicht stimmen. Sechs Stunden waren wir schon marschiert. Die Dunkelheit brach an. Es regnete in Strömen und wir waren bald bis auf die Haut durchnäßt.

Plötzlich schlug direkt an der Straße, 200 Meter vor uns, eine Granate ein. Der Feind hatte es auf die zu weit vorgegangene Kavallerie abgesehen. Schleunigst machte die Gulaschkanone kehrt und stieß auf uns zu. Sie hatte noch gut abgefeuert, es war nichts passiert. Geradeaus und links befand sich ein Wald, und bis dahin hatte sich der Feind vorgezogen, unterstützt von Artillerie. Plötzlich schlug eine Gewehrpatrone in unsere Kolonne hinein. „Die Serben wollen meinen Hochzeitstag feiern“, sagte ich schnell zu meinem Nebenmann; denn es kam das Kommando zum Ausschwärmen. Wieder begrüßte uns eine Salbe. „Hinlegen“, hieß es. Der Befehl zum Feuer kam nicht, denn der Feind war nirgend zu sehen, er sah verstreut im Walde. Unsere Artillerie war indes nicht unaktiv geblieben. Hinüber und herüber scholl der Donner. Schließlich wurde der Feind von zwei Bataillonen in der Flanke gefaßt und räumte eilends den Wald. Wir machten doch noch Kehrt und zurück ging dreierlei Stunde ins nächste Dorf. Bald waren wir wieder häuslich eingerichtet und hatten die Sachen zum Trocknen gehängt. Aber wie hatten kaum eine Stunde geschlafen, da schlug wieder das umwölkte „Hertigmoden“ an unser Ohr. Es war 110 Uhr. Nach zehn Minuten fanden wir marschbereit auf der Dorfstraße.

„Ne Nachtpartie bei uffgeweidtem Boden, noch was Scheinet“, meinte ein Berliner. Ein Stoßern, Rutschen, zeitweises Abreißen der einzelnen Gruppen, Schimpfen und Flüchen, und zwischendurch Befehle. Durch und über Gräben mit und ohne Wasser, durch Wald und Feld, über Berge marschierten wir, bis endlich gegen zwei Uhr wieder ein Dorf kam.

Umgeknallt, jeden Moment marschbereit, durften wir zwei Stunden schlafen. Iwar lagen wir auf Steinboden, in einer Weilerzei, immerhin war's besser wie draußen. Die Kleider waren noch naß, wenn auch der Regen ausgefegt hatte. Vor Rüsse und Kälte zitternd schliefen wir ein. Um vier Uhr wurden wir geweckt und nach vorn ging es, den Serben entgegen.

Das war mein Hochzeitstag.

### Wie ich verwundet wurde.

Ein heiler, schmaler Fußpfad, den ein nicht tiefer, aber breiter Bach durchschneit, führte zur Höhe empor. Der Boden war vom tagelangen Regen völlig durchnäßt und schlüpfrig. Vorsichtig, in Abständen von zwanzig Metern, kommen wir langsam empor. Zweimal war die Verbindung abgerissen, denn der Pfad mündete auf der Höhe in ein noch nicht abgeerntetes mannsbohes Weisfeld.

An das Weisfeld schloß sich rechts ein nicht allzubühler Wald an. Am Rande lag ein kleines Gehöft, in dem ein armseliges Bauernhaus stand. Das Weisfeld dehnte sich bis vor das Häuschen aus, war aber hier bereits abgeerntet.

Nachmittags auf unsere Stellungen auf der Höhe 287 westlich der Höhe 304 eingeleiteter deutscher Angriff wurde durch unser Sperrfeuer und unsere Maschinengewehre angehalten. Auf dem rechten Ufer und in der Boebre ziemlich lebhafter Geschützkampf. Unsere Batterien beschossen wirksam feindliche Lager nordwestlich von Cubesin und südlich von Chaucourt. Auf der übrigen Front verlief der Tag verhältnismäßig ruhig.

**Belgischer Bericht:** In der Gegend von Dignude versuchten die Deutschen gestern Abend und heute früh zweimal, das heilige Feuer wieder aufzunehmen, das die letzten Tage gelassen hat. Unsere Geschütze sämtlichen Kalibers traten in Tätigkeit und machten diesen beiden Versuchen rasch ein Ende.

### Die englische Meldung.

London, 8. Mai. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. General Haig berichtet: Gestern nacht herrschte an verschiedenen Punkten der Front einige Tätigkeit. Der Feind drang nach einer heftigen Weichung in das Gehölz von Thiepval ein und fügte uns einige Verluste zu, ehe er vertrieben wurde. Der Feind ließ einige Tote und einen Gefangenen in unseren Laufgräben zurück. Wir überfielen mit Erfolg die Laufgräben nördlich des Gehölzes von Thiepval, trieben die Besetzung in die Unterstände und bewarfen sie dort erfolgreich mit Bomben. Wir lieferten auch ein gelungenes Gefecht bei Fromelles, drangen dort in die feindlichen Laufgräben, die gut besetzt waren, ein und verursachten beträchtliche Verluste. Unsere Verluste waren in beiden Fällen sehr gering. Diese Heberfälle wurden von den maßstablichen und Junitätungs-Artillieren gemacht. Bei Popering war gestern nacht und heute die Artillerie tätig.

### Ankunft australischer und neuseeländischer Truppen in Frankreich.

London, 8. Mai. (W. L. B.) Das Kriegsamt meldet: Australische und neuseeländische Truppen sind in Frankreich eingetroffen und haben einen Frontabschnitt übernommen.

### Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 9. Mai. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom 8. Mai. Westfront: Unsere Artillerie (Hoch Munt in Brand, verhinderte durch ihr Feuer Schiffsversuche und bewirkte dadurch das Ausfliegen eines deutschen Munitionslagers. Gestern um 1 Uhr in der Nacht machten die Deutschen in einem Unterabschnitt südlich Jüzt einen Feuerüberfall und versuchten anschließend daran einen Angriff anzusetzen, er war jedoch ohne jeden Erfolg. Die Deutschen beschossen ebenfalls sehr heftig den Abschnitt nördlich Ilersee (9,5 Kilometer) südwestlich von Danaburg. Südlich des Fledens Wischnow (19 Kilometer südlich Krewo) entzweitelten die Deutschen am Morgen des 7. Mai eine Feuerartillerie, die sich allmählich zum Artillerie-Trommelfeuer steigerte. Zwei deutsche Flugzeuge waren acht Bomben auf den Fleden Njachowitschi (21 Kilometer südlich von Krewo) abgeworfen. Nordwestlich Kremenec liegen wir eine Quetschmine aufzulegen und zerstörten damit eine Minenlage des Feindes.

Galizien: Südlich Gebrow (21 Kilometer) nordwestlich Karnopol brachen unsere Grenadiere aus einem Minenrichter gegen einen feindlichen Posten vor und zerstörten ihn durch Handgranaten.

Schwarzes Meer: Der Kreuzer „Dreslau“ (besetzt von 115 Mann) nördlich Sewastopol, das eine See- und Wetterstation hat, aber unbefestigt ist.

Kaukasus: In Richtung Erzindjan gingen die Türken unter dem Einbruch unserer Feuers zurück und gaben ihre ganze erste Verteidigungslinie auf.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 9. Mai. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom Montag. Im Adamellogebiet eröffnete unsere auf die Höhe der Lobbia Alta (3196 Meter) geschaffte Artillerie das Feuer auf feindliche Verteidigungsanlagen am Col Topeta und zerstörte sie. Aus weiter zurückgelegenen Stellungen beschossen unsere mittleren Kaliber die rückwärtigen Verbindungen der feindlichen Linien und das Val Genova (Sorca). Längs der Trienter Front und im oberen Etschtal wachsende Tätigkeit beider Artillerien. Lebhafteste Zusammenstöße der Infanterie wurden gemeldet von der Marmolata, dem Col Falzarego und dem Culla (Weden von Fflisch). Ueberall wurde der Feind

Unglück hatte sich noch mein Verband gelöst und war heruntergerutscht; das Blut sickerte in Posen, Strümpfe und Stiefel, bis ich endlich auf dem Verbandplatz dem Arzt übergeben wurde.

Hier waren schon verschiedene Kameraden angelangt. Die Verbände hatten gut geübt. Nachher erfuhren wir, daß unsere Kompanie zurückgeschlagen wurde, aber durch zwei Reservekompanien aus dem Dorfe und unter kräftiger Mithilfe der Artillerie dem Feind alles Ertrümmere wieder abnahmen, darunter auch verschiedene der Unserigen, die bereits in Gefangenschaft geraten waren. Es war ein heißer Tag und mancher Brave mußte sein Leben lassen.

Wie froh waren wir Verwundete, als wir die Donau hinter uns hatten und uns in Freundesland befanden. Wir konnten nun ausruhen, schlafen soviel wir wollten, lagen in sauberen Betten. Nur die Schanzern und das Geschütz ringsum erinnerten uns an die Wirkung des Krieges.

### Im Lazarett.

Ich befand mich in einem Saal, in welchem 250 Mann untergebracht waren. Neben mir einer, Kopf, Arms und Hände vollständig im Verband, nur die Augen und ein Spalt für den Mund waren sichtbar. Eine Schmelzgranate hatte ihn furchtbar verbrannt. Leise wimmernd lag er da.

Ein anderer wieder sprang ungefähr alle Stunde auf, als sähe er etwas Ungeheuerliches auf sich zukommen, schrie los, um dann erschöpft dahinzulegen, bis aus Neuen ein Anfall kam. Er hatte eine Armverletzung und war verschüttet gewesen. Am zweiten Tage nach er, ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen zu haben.

Leblich erging es einem Kameraden, der durch einen Bajonettschlag in den Leib bis zum Rücken durchbohrt war. Auch dieser schrie und wimmerte vor Schmerzen, bis auch ihn der Tod am fünften Tage erlöste.

Einem jungen Menschen von kaum zwanzig Jahren war das heiße Bein geschmettert, und da Brand zu kam, mußte es fast vollständig amputiert werden. Nur ein kleiner Stumpf, unter Wolltulle und mächtigem Verband verborgen, ragte wie anfliegend in die Höhe. Wie glücklich kam ich mit meiner verhältnismäßig kleinen Wunde vor.

Jeden Vormittag kamen die Ärzte. Wo nötig, wurden die Verbände gelöst und erneuert. So mancher sonst so Tapfere gitterte schon vor der Berührung, doch es mußte ja sein.

In alles dies gewöhnt man sich, man wird ruhiger und lässiger, wenn die Schwestern mit liebevoller Hand eine Gefälligkeit erweisen. Ständig empfand ich es nur, und mancher pflichtete mir bei, daß man uns, die wir alle so Schweres erlebt, uns nach Ruhe sehnten, mit religiösen, kirchlichen Zeremonien kam, die das seelische Gleichgewicht wieder führten, auch wohl den Heilprozeß unterbanden. Hat jemand Verlangen nach dergleichen, gut, aber man dränge es nicht allen auf.

Nun bin ich leidlich wiederhergestellt, kann wieder laufen, nur ein Reckenleiben behält mich noch. (2)

zurückgeworfen und ließ einige Gefangene in unseren Händen. Vor unseren Stellungen am Culla haben wir etwa 100 Gewehre und viel Munition aufgesammelt, die in den letzten Gefechten gefallenen Feinden abgenommen wurden. Ein starkes Flugzeuggeschwader unternahm gestern einen Einfall ins Etschtal und warf zahlreiche Bomben auf Mattarello und Calliano ab, die Mittelpunkt feindlicher Versammlungen sind. Trotz heftigen Feuers der Abwehrgeschütze kehrten die Flugzeuge sämtlich unbeschadet zurück. Ein feindliches Flugzeuggeschwader überflog die Ebene des unteren Isongo und warf Bomben ab, ohne Personen zu treffen oder sonstigen Schaden anzurichten. Cadorna.

### Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 9. Mai. (W. L. B.) Bericht des Hauptquartiers.

An der Front im Abschnitt von Felahie nur zeitweise aussehende Tätigkeit der beiden Artillerien. Das Steigen des Tigris hat auf beiden Seiten einen Teil der Gräben zerstört. Wir haben die unsrigen sogleich wieder in Stand gesetzt. — Die Namen der höheren Kommandeure, die bei Kut el Amara gefangen genommen wurden, sind folgende: Außer dem General Lomsonend der Kommandant der 6. Infanteriedivision Powna und der Divisionär Mattos, die Kommandeure der 16., 17. und 18. Brigade, nämlich die Generale Dalmao und Hamilton sowie Oberst Ebens, ferner der Kommandeur der Artillerie Smith, sowie 551 sonstige Offiziere niederen Grades, darunter die Hälfte Europäer, der Rest Indier. Von den gefangenen Soldaten sind 25 Proz. Engländer, die übrigen Indier. Obwohl der Feind vor der Kapitulation einen Teil der Geschütze, Gewehre und Kriegsmaterial zerstörte und das Uebrige in den Tigris warf, verblieb noch eine Deute, die bis jetzt noch gezählt wird und mit leichten Ausbesserungen verwendbar ist, nämlich 40 Kanonen verschiedenen Kalibers, 20 Maschinengewehre, fast 5000 Gewehre und eine große Menge Artillerie- und Infanteriemunition, ein großes und ein kleines Schiff, die gegenwärtig wieder verwendet werden, 4 Automobile, 3 Flugzeuge und eine Menge Kriegsgerät, das noch nicht gezählt ist. Die Waffen und die Munition, die in den Fluß geworfen wurden, werden nach und nach geborgen. Diejenigen Einwohner von Kut el Amara, die nicht zu uns hinüberkommen konnten, empfingen uns mit großer Festlichkeit und vergossen Freudentränen beim Eingange unserer Truppen, die sich vor allem damit befaßten, den Besagerten Lebensmittel auszuverteilen.

In der Kaukasusfront nichts von Bedeutung. In Smyrna schossen ein Torpedoboot und zwei Wachtschiffe auf der Höhe der Enge von Retri ungefähr 100 Granaten ohne Wirkung auf die Umgebung von Retri ab.

In den letzten Kämpfen bei Katia und bei Dibar westlich davon und 15 Kilometer östlich vom Suezkanal nahmen wir dem Feinde 240 Lasttiere, 120 Kamele, 67 Zelte, 220 Säffel, 57 Risten Munition, 100 Gewehre, 2 Maschinengewehre, 168 Säbel und eine Menge Bajonette, Konserven und andere Gegenstände ab.

An der Front von Aden versuchte am 10. März eine feindliche, aus Infanterie und Kavallerie zusammengesetzte Abteilung, durch eine Flankenbewegung unsere Abteilung nördlich von Scheik Osman zu überraschen. Sie wurde zurückgewiesen und ließ Tote und Verwundete am Platze. Am 15. und 16. März unternahm unsere auf Amad nordöstlich von Scheik Osman entsandte Abteilung einen überraschenden Angriff, der gelang. Der Feind gab nach zweistündigem Widerstand Amad auf und zog sich nach Süden zurück trotz seiner schweren Geschütze, die von Scheik Osman herangeführt worden waren und trotz der Kanonen eines Kreuzers, der sich östlich von Amad befand. In dieser Schlacht verlor der Feind 7 Offiziere und mehr als 300 sonstige Tote und Verwundete, unsere Verluste dagegen betragen etwa 30 Mann.

### Vom U-Boot-Krieg.

Amsterdam, 8. Mai. (W. L. B.) Wie das Reutersche Bureau meldet, soll die „Cymric“ von einem deutschen Unterseeboot im Atlantischen Ozean torpediert worden sein.

Amsterdam, 8. Mai. (W. L. B.) Nach einer Lloydsmeldung soll sich der Weiße Star Dampfer „Cymric“ (18006 R.-Z.) in sinkendem Zustande befinden. Die „Cymric“ hatte keine Fahrgäste an Bord; sie befand sich mit gemischter Ladung auf der Heimreise nach England.

Brest, 9. Mai. (W. L. B.) Ein deutsches Unterseeboot zerstörte den englischen Dampfer „Jylgate“. Zwei Offiziere und 10 Mann wurden gerettet. Das Schiffsal von 14 Mann ist unbekannt.

London, 9. Mai. (W. L. B.) Lloyd's erhielt einen drahtlosen Bericht von dem niederländischen Dampfer „Gratius“, daß alle Personen, die sich an Bord des versenkten Dampfers „Cymric“ befanden, gerettet worden sind.

### Zunehmende Friedensgeneigntheit in England?

Dem „Berliner Tagebl.“ wird aus dem Haag gedrahtet: „Im Gegensatz zum größten Teil der englischen Presse, die es verweigert, auf die deutsche Note an Amerika im einzelnen einzugehen und die sich nur in groben allgemeinen Charakteristiken ergeht, in denen das Wort Dreistigkeit die hauptsächlichste Rolle spielt, unternimmt es die ministerielle Beeinflusste „Westminster Gazette“, sich in bestimmter Form mit der deutschen Note auseinanderzusetzen. Hierbei ergeben sich einige interessante Punkte. Gegenüber dem U-Boot-Krieg erklärt die Zeitung, daß ein langsam wirkender Druck auf die deutsche Regierung durch die Blockade viel menschlicher sei als die Maßregeln, die Deutschland ohne Bedenken gegen diejenigen anwende, die in seine Hände fallen. Die Zeitung wendet sich dann mit ihren Ausführungen an die Neutralen, deren Aufgabe es sei, zu entscheiden, ob den meerbeherrschenden Mächten der Gebrauch wirtschaftlicher Waffen gegen militärische Schreckensmethoden zu unterbinden sei. Man könne nicht glauben, daß es im Interesse der Welt liege, wenn diese Fragen mit ja beantwortet werden. Keineswegs sei es aber sicher, fährt die „Westminster Gazette“ fort, ob die wichtigste Stelle der Note nicht diejenige sei, die die friedlichen Wünsche und Absichten der deutschen Regierung beteuere und sage, daß in den letzten Monaten Deutschland zweimal sich bereit erklärt habe, unter Wahrung seiner Sicherheit Frieden zu machen. Die „Westminster Gazette“ sagt, wir würden gern eine genaue Bezeichnung dieser beiden Mitteilungen haben, denn wir können uns ihrer nicht erinnern. Im übrigen sei aus der Note zu entnehmen, daß der Frieden, an den Deutschland denke, ihm den

Sieg auszusprechen würde. Es beklagt sich jetzt darüber, daß seine Feinde ihm das nicht einräumen wollen. Wenn der deutsche Ruf nach Frieden nur eine Aufforderung an England sei, in einem Deutschland passenden Moment aufzuhören, Deutschland im Besitz von dem, was es zeitweise okkupiert hat, zu belassen und sogar ihm die Rechnung zu bezahlen, so kenne Deutschland nicht die Natur dieses Krieges. Im Anschluß daran beleuert die „Westminster Gazette“ von neuem: „Wir wissen nichts von Deutschlands Absichten außer dem, was wir aus der gewalttätigen Sprache seiner zensurierten Presse entnehmen können. Wir sind unsererseits entschlossen, in Ordnung zu bringen, was wir für arges Unrecht halten, und unsere eigenen Lebensinteressen zu sichern. Wenn die deutsche Regierung auf jene Angelegenheit, nämlich die einer zweifachen Erklärung, zum Frieden bereit zu sein, zurückkommen will, so muß sie das unter dieser Voraussetzung tun und unter keiner anderen. Lord Curzon hat für uns alle gesprochen, wenn er gesagt hat, daß das Land unerschütterlich in seiner Entschlossenheit ist.“

Es ist interessant zu hören, schreibt der Korrespondent des „W. L.“, daß die „Westminster Gazette“ den Wunsch hat, genauere Mitteilungen über jene beiden Erklärungen zu erhalten, die ihrer Aufmerksamkeit, wie sie sagt, entgangen sind.“

Unter den hier erwähnten beiden Erklärungen waren in der deutschen Note an Amerika die Stangerreden gemeint. Daß das englische offizielle Blatt an diese Stelle der Note anknüpft, auf deren außerordentliche Bedeutung wir bereits hingewiesen haben, darf wohl als Zeichen einer größeren Friedensgeneigntheit englischer Regierungskreise angesehen werden. (2)

### Proteste gegen das Standrecht in Irland.

Rotterdam, 9. Mai. (W. L. B.) Der „Rotterdamische Courant“ meldet aus London vom 8.: Im Unterhause fragte heute Redmond den Premierminister, ob er nicht wüßte, daß die fortwährenden militärischen Einrichtungen in Irland eine rasch zunehmende Erbitterung und Mut in dem Teile der Bevölkerung hervorriefen, die nicht die geringste Sympathie mit dem Aufstande habe, und ob Asquith nach dem Vorbilde Bothas in Südafrika unterweilt den Einrichtungen ein Ende machen wolle. (Hört-Hör-Rufe!) Asquith antwortete, Redmond habe von Anfang an bei der Regierung darauf gedrungen, und seine Vorstellungen, um milde Behandlung für die Mehrheit der Teilnehmer am Aufstand seien nicht umsonst gewesen. Sir John Maxwell sei stets in direkter persönlicher Fühlung mit dem Kabinett gewesen, und dieses habe alles Vertrauen in seine Besonnenheit. Die allgemeinen Instruktionen an Maxwell, die sich mit seinem eigenen Urteil deckten, gingen dahin, die Todesstrafe so sparsam wie möglich zu verhängen und nur über verantwortliche Personen, die die größte Schuld an dem Vorgefallenen triffe. In Verantwortung von Anfragen anderer Nationalisten und Radikalen, die sich gegen die Art, wie gegen die Rebellen vorgegangen werde, wendeten, sagte Asquith, daß die Einrichtungen von den Militärbehörden angeordnet wurden. Er weigerte sich zu versichern, daß keine mehr vorkommen würden, ehe das Unterhaus Gelegenheit habe, die Sache zu besprechen.

London, 8. Mai. (W. L. B.) Amtlich. Vier weitere Aufhänger sind in Dublin erschossen worden, einer wurde zu acht, drei zu fünf, sechzehn zu drei, zwei zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Zwei wurden freigesprochen.

Amsterdam, 9. Mai. (W. L. B.) Ein hiesiges Blatt meldet aus London: Von den letzten vier Aufständischen, die erschossen wurden, gehörte einer, Edmund Kent, zu den Unterzeichnern der Sinn-Feind-Proklamation, so daß jetzt fünf von den Unterzeichnern hingerichtet sind. Weiter wird berichtet, daß Conroy schwer vermundet ist, daß wenig Aussicht auf seine Wiedergenesung besteht. Im ganzen wurden bis jetzt zwölf Personen hingerichtet, 67 zu Zuchthausstrafe und zwei zu Zwangsarbeit verurteilt. Zwei wurden freigesprochen.

### Eisenbahnerstreik in Spanien.

Bern, 9. Mai. (W. L. B.) Einer Meldung aus Valladolid zufolge ist in einer Versammlung der Bahnangestellten der Nordbahnen ein friedlicher Generalstreik beschlossen worden. Die Eisenbahner von ganz Spanien billigten den Beschluß. Die Regierung traf Vorkehrungen, Unruhen zu verhindern und den Verkehr aufrechtzuerhalten.

### Die Unruhen in China.

Amsterdam, 9. Mai. (W. L. B.) „Handelsblad“ meldet aus London: Der „Morningpost“ wird aus Peking berichtet, daß die Lage in Schanghai ernst werde. Die Rebellen hätten Tschoutsun befehligt. Ferner wird gemeldet, daß sich in Ananfu viele Bombenexplosionen ereignet hätten. In einem anderen Berichte wird behauptet, daß ein japanischer Zug bei Weihien beschossen worden sei.

### Letzte Nachrichten.

#### Ein griechisch-italienischer Zwischenfall.

Bern, 9. Mai. (W. L. B.) „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: In der vergangenen Woche erfolgte ein neuer Zwischenfall zwischen griechischen und italienischen Truppen in Albanien. Eine griechische Patrouille feuerte auf eine italienische. Diese zog sich ohne Verluste zurück. Der italienische Gesandte Boddari wurde darauf bei Skutudis vorstellig und gestern vom König empfangen. Der Audienz wird Bedeutung beigegeben, da man sie mit dem jüngsten Zwischenfall in Zusammenhang bringt. Boddari soll auf freundschaftliche, aber entschiedene Absichten der italienischen Behörden in Balona hingewiesen und die Aufmerksamkeit des Königs auf die delikate Frage gelenkt haben. Anscheinend ist die griechische Regierung geneigt, eine gemischte Kommission aus italienischen und griechischen Offizieren einzusetzen, um eine neutrale Zone zu bestimmen.

#### Die englischen Verluste in Irland.

London, 9. Mai. (W. L. B.) Asquith hat mitgeteilt, daß Armee, Marine und Polizei in Irland 124 Mann an Toten, 388 Mann an Verwundeten und neun an Vermissten verloren haben.

#### Fliegerangriff auf Port Said.

Kairo, 9. Mai. (W. L. B.) Reuters. Zwei feindliche Flugzeuge warfen gestern über Port Said Bomben ab. Es wurde kein Schaden angerichtet. Zwei Zivilpersonen wurden verletzt.

# Gewerkschaftliches.

## Arbeitsnachweis und Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Eine Anzahl Konferenzen der Gewerkschaftskartelle und Organisationen sind von den Gauleitern der Gewerkschaften zur Beratung der provinzialen Regelung der Arbeitsnachweisfrage sowie des Standes der Kriegsbeschädigtenfürsorge berufen worden. Nachdem die Gewerkschaften der Neumark am 7. Mai getagt haben, finden am Sonntag, den 14. Mai, gleichartige Konferenzen in Berlin, Brandenburg a. N. und Kottbus, und am 21. Mai in Frankfurt a. O., Ludenwalde und Eberswalde statt. Die Referate sind den Genossen Brückner, Cohen und Ritter übertragen.

Die Kartelle und Gewerkschaften folgender Orte tagen am Sonntag, den 14. Mai, in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, und wird die Sitzung pünktlich mittags 1 Uhr eröffnet:

Aldershof, Köpenick, Strausberg, Königs-Busterhausen, Erkner, Spandau, Teltow, Jossen, Nauen, Bernau, Dranienburg, Zehlendorf, Werder, Potsdam, Nowawes, Klosterfelde, Belten, Hennigsdorf, Arznen, Richendorf, Wittenberge, Habelberg.

Die Gauleiter-Kommission.  
J. A.: Otto Wels.

## Berlin und Umgegend.

### Die Teuerungszulage der Rifenmacher.

Die Rifenmacher hatten in einer früheren Versammlung beschlossen, zu der bereits erzielten Teuerungszulage von 10 Proz. wegen der inzwischen erheblich verstärkten Teuerung eine weitere Teuerungszulage von 10 Proz. zu fordern, also eine Erhöhung der Teuerungszulage auf insgesamt 20 Proz. Die Erhöhung sollte vom 1. Mai ab in Kraft treten. Der Vorstand der Vereinigung der Rifenfabrikanten lehnte eine mündliche Verhandlung ab und verwies die Vertretung der Rifenmacher an die einzelnen Betriebe. Die Branchenleitung wandte sich nun schriftlich an die einzelnen Firmen und forderte das Schriftstück auch dem Vorstand der Unternehmer zu.

Am Montag waren die Rifenmacher wieder in einer Branchenversammlung zusammen, um das Ergebnis entgegenzunehmen und weitere Beschlüsse zu fassen. Der Kommission ist vom Vorsitzenden der Fabrikanten ein Formular zugegangen, aus dem sich ergibt, daß die organisierten Rifenfabrikanten zusammengekommen waren und beschlossen haben, zu dem seinerzeit auf dem Gewerkschaftstag festgelegten Tarif einen Zuschlag von insgesamt 15 Proz. zu zahlen, was also einen weiteren Teuerungszuschlag von 5 Proz. statt der geforderten weiteren 10 Proz. bedeutet. In der Versammlung wurden dann Mitteilungen über die Stellungnahme der einzelnen Arbeitgeber aus etwa 15 Betrieben gemacht. Zwei der Betriebe sind dem Verlangen nach insgesamt 20 Proz. nachgegeben, die anderen haben nach dem Beschluß der Fabrikanten nur einen Gesamtzuschlag von je 15 Proz. zugebilligt. Einzelne von ihnen erklärten, sie würden auch den Gesamtzuschlag auf 20 Proz. erhöhen, wenn ihn alle Fabrikanten zahlten.

Von der Firma Dedermann wurde die Kuriosität berichtet, daß sie zwar weitere 5 Proz., also im ganzen 15 Proz. Teuerungszuschlag zugefand, aber auf sämtliche Arbeiten pro Quadratfuß einen Viertelpfennig vom Akkordpreis abzog. Diese Art des Vorgehens wurde im Laufe der Diskussion verurteilt, wie überhaupt betont wurde, daß die Tariffrage, neben dem Teuerungszuschlag, auf jeden Fall inne zu halten sei. Das müßte auch dort geschehen, wo bisher geleimte Arbeit infolge der Verteuerung des Leims nicht mehr geleimt, sondern jetzt gediebelt werde. Im übrigen wurde betont, daß man dem Verlangen nach einer Gesamtteuerungszulage von 20 Proz. zum tarifmäßigen Lohn Geltung verschaffen sollte. Sei doch die Teuerungszulage sowieso vielfach zum Teil durch schlechteres Material wettgemacht.

Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die stark besuchte Versammlung nimmt mit Genehmigung von der seitens der Unternehmer bewilligten weiteren fünfprozentigen Teuerungszulage Kenntnis. Angesichts der immer weiter steigenden Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel hält die Versammlung aber noch wie vor an der Forderung von insgesamt 20 Proz. fest. Aufgabe der Kollegen ist es, mit allem Nachdruck den Tarif und die 20 Proz. Teuerungszulage zu fordern und bei allen Unternehmern durchzubringen. Die Versammlung beauftragt die Kommission, diesen Beschluß dem Vorstand der Unternehmer mitzuteilen.

Am Donnerstagabend wird bei Müsch, Krautstraße 24, eine Sitzung der Vertrauensmänner stattfinden, wo die Berichte aus den einzelnen Betrieben gegeben werden sollen. Die Kollegen sollen vorher ihren Arbeitgebern den Beschluß der Versammlung unterbreiten und über die Stellung des Arbeitgebers in der Vertrauensmännerkonferenz Mitteilung machen lassen. Die Beschlusfassung ist Sache der Vertrauensmännerkonferenz.

### Die Verhältnisse der Bildhauer.

Die Zahl der Berliner Mitglieder des Zentralvereins der Bildhauer ist im Laufe des ersten Quartals von 367 auf 359 zurückgegangen. Die Holzbildhauer haben gegenwärtig so ausreichende Arbeitsgelegenheit, daß die Konjunktur als günstig bezeichnet werden kann. Bei den Steinbildhauern und den Rodenbeuren gibt es sehr wenig Beschäftigung. Die Lage dieser beiden Branchen ist äußerst unangünstig. Trotzdem sind nicht viele Arbeitslose vorhanden, weil ein großer Teil der Bildhauer aller Branchen seit längerer Zeit Arbeit in anderen Verufen hat. Das ist auch der Grund, weshalb die Nachfrage nach Holzbildhauern nicht immer gedeckt werden kann. Eine am 31. März im ganzen Reich veranstaltete Umfrage ergab, daß 668 Bildhauer im Beruf und 874 außerhalb des Berufes beschäftigt waren. Ende Dezember 1915 arbeiteten im Beruf 535, außerhalb des Berufes 431. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß sich nach und nach die Rückkehr der in fremden Verufen Beschäftigten in den eigenen Beruf vollzieht.

Die Berliner Holzbildhauer haben das Verlangen nach einer nochmaligen Teuerungszulage geäußert. Sie erhielten vor einiger Zeit auf ihren Antrag Teuerungszulagen bewilligt, die in den meisten Fällen wöchentlich 3 M., in manchen Fällen etwas weniger betragen. Wegen der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise macht sich eine erneute Teuerungszulage notwendig. Der Vorstand teilte in der Generalversammlung am Montag mit, daß er den Wünschen der Kollegen entsprechend an die Arbeitgeber der Holzbranche den Antrag gestellt hat, eine abermalige Teuerungszulage von 3 M. wöchentlich zu gewähren. Eine Antwort der Arbeitgeber liegt noch nicht vor, weil das Antragsschreiben erst kürzlich abgegangen ist.

## Deutsches Reich.

### Teuerungszulagen für Chemigraphen und Kupferdrucker.

Das Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker hat auf Veranlassung der Gehilfen den Bund der Chemigraphischen Anstalten erlaubt, den Wünschen der Gehilfen auf Gewährung von Teuerungszulagen entgegenzukommen. Der Vorstand des Bundes richtete daraufhin ein Rundschreiben an die Bundesmitglieder, worin er die Forderung der Gehilfen als berechtigt anerkennt und den Firmen die Gewährung einer monatlichen Kriegs-Teuerungszulage empfiehlt, die jeweils am Ende des Monats oder an dem unmittelbar darauffolgenden Zahltag bis zu einer Höhe von 5 M. für Gehilfen und bis zu 3 M. für Hilfsarbeiter mit

Wirkung vom 15. April 1916\* ausbezahlt werden soll. Seit Beginn dieses Jahres bereits gewährte Lohnsteigerungen und Zulagen sollen auf diese Kriegs-Teuerungszulage, die mit Beendigung des Kriegszustandes selbstverständlich (!) wieder in Wegfall\* kommen soll, angerechnet werden. Das Tarifamt schloß sich der Aufforderung des Bundes der Chemigraphischen Anstalten zur Gewährung von Teuerungszulagen an und hat seinerseits die tariftreuen Anstalten, sich das Ersuchen des Bundesvorstandes zu eigen zu machen.

## Ausland.

### Vom internationalen Schuh- und Lederarbeitersekretariat.

Das in Nürnberg befindliche und unter der Leitung des Genossen Simon stehende internationale Schuh- und Lederarbeitersekretariat hat soeben ein neues Lebenszeichen von sich gegeben mit der Herausgabe der Nr. 9 der „Intern. Korr.“, die Berichte von den angeschlossenen Verbänden in Deutschland, Amerika, Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz, Oesterreich, Ungarn und England, also von 9 Verbänden, enthält, während 7 Verbände nicht berichtet haben. Die berichtenden Verbände alle, mit der einzigen Ausnahme des schwedischen, haben unter dem Kriege gelitten, zum Teil sehr empfindlich; der schwedische Verband konnte seine Mitgliederzahl um 206 von 3616 am 31. Juli 1914 auf 3882 am gleichen Tage 1915 vermehren. Der englische Schuhmacherverband erhöhte zwar seine Mitgliederzahl ebenfalls, und zwar ganz bedeutend, nämlich von 42 480 Ende 1913 auf 49 338 Ende 1914, aber wahrscheinlich ist diese erfreuliche Zunahme in den sieben Friedensmonaten eingetreten. Im Gegensatz dazu ist die Mitgliederzahl des amerikanischen Verbandes von 40 000 Ende 1913 auf 36 077 Ende 1914 zurückgegangen. Die „Korr.“ bemerkt aber dazu, daß dieser Rückgang offenbar nur ein scheinbarer ist; denn es sind im Bericht für 1914 wohl nur die Mitglieder berücksichtigt, welche über ein Jahr dem Verbands angehören. Der amerikanische Schuhmacherverband hat sein Vermögen von 1 288 334 Dollar Ende 1913 auf 1 480 978 Dollar Ende 1914 vermehrt. Als der Krieg ausbrach, hatte die amerikanische Schuhindustrie bereits unter einer zweijährigen Wirtschaftskrise gelitten, die durch den Krieg natürlich noch verschärft wurde. Inzwischen ist freilich die amerikanische Schuhindustrie mit den großen Militäraufträgen der Ententestaaten reichlich beschäftigt worden. Alle Verbände berichten über die enorme Verteuerung der Lebenshaltung und die empfindliche Erschwerung der Existenz der Arbeiterklasse. Erfreulich ist der ungebrochene Geist der Internationale, der alle Berichte erfüllt und der hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken gestattet.

### Vom schweizerischen Holzarbeiterverband.

Die Holzarbeiter hielten in Zürich ihren Verbandstag ab, dem zum erstenmal ein weiblicher Delegierter aus Zürich neben 63 männlichen Delegierten beizuhörte. Aus dem Ausland war nur Peteresen-Kopenhagen als Vertreter des dänischen Holzarbeiterverbandes erschienen. Die Holzarbeiterverbände in Deutschland, Ungarn, Holland und Frankreich hatten Begrüßungsschreiben geschickt. Der schweizerische Holzarbeiterverband hat sich zum tiefsten Stande mit 3467 Mitgliedern nach Kriegsausbruch einigermaßen erholt und zählt nun 4174 Mitglieder in 78 Sektionen. Beschlüsse wurden unter anderem, von den ausländischen Behörden in den Gemeinden, Kantonen und im Bund Subventionen für die Arbeitslosenklasse des Verbandes zu fordern. Eine Resolution richtet sich gegen das internationale Holzarbeitersekretariat in Berlin und die „Deutsche Holzarbeiter-Zeitung“ wegen ihrer Kriegspolitik. Auf dem nächsten internationalen Holzarbeiterkongress soll die Verlegung des internationalen Sekretariats beantragt werden. Die andern Verbände werden aufgefordert, mit allen Mitteln... einzutreten. Auf dem Grabe Bebel's wurde ein Kranz niedergelegt mit der Inschrift: „Dem wahren Kämpfer für den internationalen Sozialismus August Bebel; gewidmet vom 15. Verbandstag des schweizerischen Holzarbeiterverbandes Zürich 1916“.

# Aus Industrie und Handel.

## Der Fischhandel Englands mit Deutschland.

Während die englischen Minister und der größte Teil der englischen Presse Deutschland den wirtschaftlichen Vernichtungskrieg ankündigen, kommen trotz der englischen Zensur immer mehr Stimmen von Industriellen und Gewerbetreibenden an die Öffentlichkeit, die beweisen, daß diesen Kreisen gerade der Krieg die Bedeutung des deutschen Absatzgebietes für England erst so recht zum Bewußtsein gebracht hat. So führt das englische Blatt „Scottsman“ in einem längeren Aufsatz aus: „Unglücklicherweise ist für die gesamte Fischindustrie Englands und nicht zum mindesten Schottlands bisher Deutschland der größte Abnehmer gewesen. Diese Tatsache hat zusammen mit den unausbleiblichen Maßnahmen der Marine die Einbußen des Handels durch den Krieg bedeutend gesteigert. Es macht die Frage dringend, wie nach dem Frieden die Handelsbeziehungen zu unseren Feinden, den Bundesgenossen und Neutralen am besten geregelt werden können, und sollte sowohl die Rinderereien wie die Ausfuhrhändler veranlassen, alles aufzubieten, sich rechtzeitig nach neuen Absatzgebieten umzusehen. So wird von sachverständiger Seite berichtet, daß England wohl in der Lage wäre, den größten Teil der Salzheringe aufzunehmen, falls günstige Bedingungen für diesen Handelsverkehr geschaffen werden. Die Verteilung der englischen Fischausfuhr im Jahre 1913 auf die verschiedenen Länder zeigt die folgende Tabelle:

	Menge in Zentnern	Wert in Pfund
Deutschland . . . . .	5 216 128	8 013 616
Rußland . . . . .	3 571 868	1 991 760
Vereinigte Staaten . . . . .	420 678	418 802
Italien . . . . .	194 766	163 558
Frankreich . . . . .	83 488	141 037

Die Ausfuhr nach Deutschland und Rußland hatte sich dabei ständig vermehrt.

Nach Deutschland hat die Ausfuhr frischer sowie gesalzener und geräucherter Ware — besonders von Seringen — zugenommen, da unter dem auf wissenschaftlicher Grundlage ausgearbeiteten Zolltarif sich die Konserfabriken in Altona, Kiel, Hamburg und anderen Plätzen ständig vergrößerten. Deren jährlicher Umsatz wird auf fünf Millionen Pfund geschätzt und es liegt daher im Interesse dieses Landes, sich eine genügende Zufuhr billigen Rohmaterials zu sichern. Im letzten Herbst vor dem Kriege brachten ein Dutzend Dampfer ständige Zufuhren von Lohesfisch nach Hamburg, ebenso trafen große Mengen aus Schottland dort ein. Ein kleiner Teil dieser Einfuhr ging dann als konservierte Ware von Deutschland nach Oesterreich und der Schweiz heraus. Während also Deutschland Englands bester Kunde war, blieb dieses wiederum Deutschlands größter Lieferant. Wie soll sich dieses Geschäft nun nach dem Kriege entwickeln? — Auf beiden Seiten werden bittere Gefühle vorherrschen, die an sich die erneute Aufnahme der alten Verbindungen stören dürften. Trotzdem wird es notwendig sein, das Geschäft wieder aufzurichten, wenn auch hoffentlich unter anderen Bedingungen. — Naturgemäß fürchten jedoch die beteiligten Kreise, Deutschland als Absatzgebiet zu verlieren, falls diesen Fabrikaten in England hohe Eingangszölle auferlegt werden sollten. Bisher war die Einfuhr frischer und gesalzener Ware in Deutschland frei, während bei Konserben — um die eigenen Fabriken zu schützen — der Zoll von 1 Pfund 10 Sch. bis 1 Pfund 17 Sch. 6 P. für den englischen Zentner je nach Abgabemöglichkeit so gut wie ausfiel. Man sollte bei den Verhandlungen auch berücksichtigen, daß Holland und die skandinavischen Länder jede Anstrengung machen werden, das deutsche Geschäft an sich zu reißen, trotzdem diese kaum inländische sein werden, die bisherigen großen Zufuhren aus England zu ersetzen.

# Soziales.

## Verfälschung eines Lungenleidens durch Unfall.

Wie notwendig es ist, bei Unfällen Zeugen sich zu notieren, zeigt wieder nachstehender Fall.

Der Arbeiter D. brach am 31. Juli 1914 beim Tragen eines mit Steinen gefüllten Kastens mit dem Laufreit durch und schlug im Fallen mit der Brust auf einen Kalkstein. Der mit Steinen gefüllte Kasten schlug ihn dabei in den Rücken. D. wurde bewußtlos, Blutspien stellte sich ein. Die Nordöstliche Baugewerkschaft, Berufsgenossenschaft, Sektion I, lehnte ab, den Verletzten zu entschädigen, einmal, weil der Unfall selbst nicht erwiesen sei und weil Folgen des angeblichen Unfalls nicht vorhanden seien. Die Beschwerden, über die D. klagte, hätten ihren Ursprung in einem älteren Leiden. Das Oberverzeihungssamt in Groß-Berlin holte, nachdem eine eidesstattliche Versicherung des mittlerweile zum Heresdienft eingezogenen Mitarbeiters des D., der den Unfall bestätigte, beigebracht war, von ihrem Vertrauensarzt Geh. Medizinalrat Dr. W. ein Gutachten ein. Dieser Arzt verneinte gleichfalls den Zusammenhang des bei D. bestehenden Lungenleidens mit dem Unfall, ebenso eine durch den Unfall hervorgerufene Verfälschung des Leidens.

Dem Reichsversicherungsamt, bei dem der Verletzte Rekurs einlegte, hatte der Verletzte Erfolg. Ein Spezialarzt für innere Krankheiten bejahte die Wahrscheinlichkeit des Zusammenhangs des Leidens mit dem Unfall. Infolge der Untersuchung hätten sich die vorhandenen Tuberkelbazillen entwickelt. Ein von der ersten Medizinischen Universitätsklinik der Kgl. Charité eingeholtes Gutachten kam zu demselben Resultat. Die Berufsgenossenschaft wurde verurteilt, an den Verletzten bis zum 6. Mai 1915 die Vollrente und von dort ab eine Rente von 3 1/2 Prozent zu gewähren. Von Erbschaftlichkeit war auch die eidesstattliche Versicherung des Mitarbeiters, der den Unfall mit angesehen hatte.

Auch aus diesem Fall ergibt sich für die Versicherten die Lehre, die Namen und Adressen ihrer Mitarbeiter, die Zeugen, und wenn auch noch so unansehnlichen Unfalles gewesen waren, zu notieren. Sind Augenzeugen bei einem Unfall nicht vorhanden, so sollte kein Verletzter veräumen, sofort nach erlittenem Unfall Mitarbeitern oder Vorgesetzten Kenntnis von dem Unfall zu geben.

# Berichtszeitung.

## Die Leiche im Reifelor.

Gestern wurde vor dem Schwurgericht des Landgerichts I die Anklage gegen die Feiseurin Johanne Ullmann und die Arbeiterin Anna Sonnenberg wegen Mordes verhandelt. Die beiden Angeklagten werden beschuldigt: 1. am 18. März dieses Jahres gemeinschaftlich die Martha Franzke mit Vorlag und Ueberlegung getötet und dieser ein Portemonnaie und ein Bund Schlüssel gestohlen zu haben; 2. in der Nacht vom 16. zum 17. März zum Nachlasse der Franzke gehörige Kleidungsstücke und Wäsche und eine Uhr den Erbberechtigten in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben.

Die Einzelheiten der grauenhaften Mordtat, die hier ganz planmäßig und kaltblütig ausgeführt ist, steht noch so frisch in jedermanns Gedächtnis, daß kurz vor folgendes hervorgehoben zu werden braucht: Am 16. März ist in Slettin mit dem Zuge 9.30 von Berlin ein 67 kilo schwerer Reifelor als Gepäck eingetroffen. Da er bis zum 4. April nicht abgeholt wurde, wurde er am Nachmittage dieses Tages geöffnet und man fand in ihm unter Lumpen die zusammengeschnittene Leiche einer Frauensperson, die eine Reihe schwerer Verletzungen aufwies. Die Leiche ist nach einigen Wähen als die der angeblichen „Mödin“ Martha Franzke aus Berlin und dann die beiden Angeklagten als die Mörderinnen ermittelt worden, die anfänglich ihre gemeinschaftliche Freundin Helene Wahl dreier Weise als Täterin beschuldigt und deren vorübergehende Festnahme beantragt hatten. Die Angeklagten hatten am 18. März die ihnen bekannte Franzke zur Ullmann eingeladen. Dort war die Sonnenberg anwesend. Beide hatten vorher geplant, die Franzke zu ermorden, um sich ihre Verkschaft, die sie für hoch hielten, anzueignen und so aus bedrängter Lage herauszukommen. In dem Augenblick, wo die Franzke in der Ullmannschen Wohnstube am Kaffeetische auf dem Stuhle saß und die Kaffeetasse zum Munde führen wollte, warf ihr die Sonnenberg die Schlinge um den Hals und die Ullmann schnitt ihr mit dem Messer die Kehle durch. Die Franzke war nicht sofort tot, sondern sprang auf und warf sich auf das Sofa. Dort erhielt sie zum zweitenmal einen Schnitt in den Hals. Das Messer wickelte aus und machte einen tiefen Schnitt in das Sofa. Die sehr kräftige Franzke sprang sogar an die Tür, um zu entkommen, wobei sie ausrief: „Ihr findet ja doch kein Geld bei mir!“, die Tür war aber verschlossen, sie erhielt noch einige Stiche — Schnitte von der Ullmann, die auch mit dem Schlagring zuzuschlug, und war bald darauf tot. Bei der Leiche fanden die Angeklagten im ganzen 43 M. vor. Das Geld teilten sie sich. Die Leiche preßten sie in einen Reifelor und gaben ihn als Gepäck nach Slettin auf. Dann gingen die Angeklagten nach Hause, verbrannten die blutigen Kleider und setzten sich in demselben Zimmer, in welchem das Verbrechen geschehen, zum Kaffe nieder. Abends gingen sie mit Hilfe des der Leiche abgenommenen Schlüsselbundes in die Wohnung der Franzke in der Adersstraße. Sie fanden dort das erhobte Geld nicht, stahlen aber eine Reihe von Kleidungsstücken, einen Mantel, Schuhe, Wäsche, zwei Figuren und eine Uhr. Die Gegenstände teilten sie untereinander und machten sie zu Gelde.

Die Angeklagten waren in vollem Umfange geständig. Nur suchte jede der anderen einen größeren Anteil an Schuld aufzubürden. Medizinalrat Dr. Störmer erörtert den Geisteszustand der beiden Angeklagten. Sein Gutachten ipst sich zu folgendem Endurteil zusammen: Die Ullmann ist eine von Stufe zu Stufe gesunkene Dirne, bei der der chronische Alkoholmißbrauch und ihr vagabondirendes Leben als Kellnerin, Wadame und Vorbedienstet in verschiedenen Städten zu einer Verrottung und ethischen Verfallung geführt hat. § 51 Str.G.B. findet keine Anwendung, denn es liegt auch nicht ein Schatten einer Bewußtseinssträubung oder dafür, daß sie bei Vergebung der Tat nicht im Vollbesitz ihrer Geisteskräfte gewesen sei, vor. Was die Angeklagte Sonnenberg betrifft, so liegt auch bei ihr die Anwendbarkeit des § 51 nicht vor.

Die Geschworenen sprachen die beiden Angeklagten des Mordes, des schweren Raubes und des Diebstahls schuldig. Das Gericht verhängte über beide Angeklagte die Todesstrafe und lebenslänglichen Freiverlust, außerdem über die Ullmann zwei Jahre Zuchthaus und über die Sonnenberg ein Jahr Gefängnis.

## Prozeß Schiffmann.

Die Verhandlung gegen Leo Schiffmann nahm auch gestern nur sehr langsame Fortgang und kam nicht über die Verlesung des Eröffnungsbeschlusses hinaus. Nach Eröffnung der Sitzung verkündete der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Geier zunächst, daß der Ablehnungsantrag des Schiffmann verworfen sei. Der Vorsitzende schloß im Anschluß daran die Sitzung mit der Erklärung, daß die Akten dem Kammergericht zur Entscheidung der Schiffmannischen Beschwerden übermittelt würden. Die Sitzung wurde bis Sonnabend vormittag 9 1/2 Uhr unterbrochen.

## Aus Versehen verurteilt.

Das Landgericht Flensburg hat am 30. November den Hofbesitzer Hans Lund wegen Vergehens gegen das Verleumdungsgesetz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Erst hinterher hat das Gericht gemerkt, daß es den Angeklagten hätte freisprechen müssen und dessen Verurteilung nur aus Versehen erfolgt ist. Deshalb hatte die Staatsanwaltschaft zugunsten des Angeklagten Revision eingelegt. Das Reichsgericht hob am Montag das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

Heute Mittwoch, den 10. Mai: Zahlabend in Groß-Berlin.

Reichstag.

44. Sitzung, Dienstag, den 9. Mai 1916, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Lisco.

Ein schleuniger Antrag Albrecht (Soz.), den Reichskanzler zu ersuchen, das gegen den Abg. Dr. Liebknecht eingeleitete Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode auszusetzen und die über ihn verhängte Haft aufzuheben sowie ein ähnlich lautender Antrag Bernstein (Soz. Arb.) werden der Geschäftsordnungs-Kommission zur schleunigen Berichterstattung überwießen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Feststellung von Kriegsschäden

im Reichsgebiet.

Ministerialdirektor v. Jonquieres:

Die endgültige Regelung der Entschädigungsfragen kann erst nach dem Kriege erfolgen. Andererseits sind schon jetzt Vorentscheidungen notwendig, um das wirtschaftliche Leben wieder in geordnete Bahnen zu lenken. In verschiedenen Fällen haben Landesregierungen sich bereits zur Feststellung solcher Schäden und zu vorläufigen Entschädigungen genötigt gesehen. Die Landesregierungen müssen aber eine Gewissheit haben, daß die von ihnen gewährten Entschädigungen später durch das Reich als zutreffend anerkannt werden. Deshalb ist schon jetzt über die Feststellung der Schäden eine gewisse reichsgerichtliche Regelung notwendig. Diese sieht die Vorlage vor.

Abg. von Rechenberg (Z.)

begrüßt den Entwurf und wünscht, daß auch die Deutschen entschädigt werden mögen, die in den Kolonien und auf Schiffen ihr Eigentum verloren haben.

Abg. Emmel (Soz.):

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Regierung die Erkenntnis von der Notwendigkeit, diese Materie zu regeln, etwas früher gekommen wäre. Dann würden wir jetzt schon eine ganze Reihe von Feststellungen auf diesem Gebiete haben machen können. Wir müssen verlangen, daß ein organisches Ganzes auf diesem Gebiete möglichst schnell geschaffen werde. Die Regierung hat ja früher schon Entwürfe in dieser Richtung in Aussicht gestellt, aber bis jetzt nur diesen einen Entwurf eingebracht, der leider nur sich auf die Feststellung der entstandenen Schäden bezieht. Aber auch diese Feststellung ist wichtig, damit später der entstandene Schaden unbestritten anerkannt ist. Die ganzen Fragen, die den Ertrag des Schadens, der an Leib und Leben entstanden ist, betreffen, sind vorläufig ausgeschlossen. Auch hier aber muß die Feststellung möglichst bald erfolgen. Es liegen jetzt schon viele solche Fälle vor. Zum Beispiel petitioniert der Mann einer Frau, die bei der Flucht vor den Russen — sie war kurz vorher im Wochenbett gewesen — ein Herzleiden bekommen hat, darum, daß dieser Schaden als Schadenersatzpflichtig anerkannt wird. Auch die Fliegenschäden gehören hierzu, überhaupt all die vielen Fälle, wo vor allem in Ostpreußen und Ostgalizien die Zivildesoleration durch Kriegsschäden verlegt worden ist. Hier muß eine einheitliche gesetzliche Regelung erfolgen. Schon heute kommen eine Reihe von Kriegsschädigten zur Entlastung und bei der Gewährung der Renten wird jetzt noch auf Grund der alten Bestimmungen entschieden, über die sich der Reichstag und auch die Regierung einig sind, daß sie nicht aufrecht erhalten werden können. Wir verlangen also, daß alle Entschädigungsfragen einheitlich und dauernd auf eine Weise geregelt werden, wie das den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht, damit kein Stützwerk entsteht. In erster Reihe muß der Ertrag des Schadens an Leib und Leben stehen, den Kriegsteilnehmer erlitten haben, dann kommen die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer, dann die beschädigte Zivilbevölkerung. Weiterhin kann auch an die Einwohner in den Schauplatzgebieten gedacht werden, an die Inlandsdeutschen im Ausland, an die Auslandsdeutschen und schließlich auch an ehemalige Deutsche im Ausland. Die Opfer der russischen und französischen Invasion, auch die Weiseln müssen wie Kriegsteilnehmer behandelt werden. Auch den Geschädigten, die in andere Bundesstaaten übersiedelt wurden und dort Gastfreundschaft in Anspruch nehmen, muß der Ertrag ihres Schadens gesichert werden.

Notwendig ist eine schnelle Regelung der Entschädigung. In erster Linie müssen die Deutschen im Inland entschädigt werden, vor allem die kleinen Leute, die Deutschen in den Kolonien und die deutsche Seefahrt können erst in zweiter Linie kommen. Zurückgewiesen muß auch die Forderung werden, die von einer Seite in der Kommission erhoben wurde, daß einzelne Gruppen von Schäden vorweg genommen werden, nämlich die Schäden an Grundstücken und Gebäuden. Energetisch muß verlangt werden, daß die kleinen Leute einen vollen Ertrag für die erlittenen Schäden erhalten, bei den reichen Leuten und den großen kapitalistischen Gesellschaften allerdings wird man auch die Finanzlage des Reiches in Betracht ziehen müssen. Der Gesetzentwurf bringt nur die platonische Feststellung der Schäden, ohne daß das Reich bestimmte Verpflichtungen übernimmt. Preußen mit seinen reichen Mitteln ist trotzdem an den Wiederaufbau Ostpreußens gegangen, aber Ostgalizien hat solche Mittel nicht zur Verfügung, und hier ist ein schneller Wiederaufbau und eine Wiederbesiedlung des Wirtschaftslebens um so notwendiger, als ja die Franzosen, je mehr ihnen die Hoffnung schwindet, das Reichsland von Deutschland loszureißen, um so rückfälliger Dörfer und Güter zusammenschleppen und vernichten. Mindestens 50 Proz. des Risikos muß das Reich fest übernehmen, wenn der Entwurf praktische Bedeutung erlangen soll, wenn er nicht ein Weisiel auf die Zukunft bleiben soll, von dem niemand weiß, ob auch nur ein Wermutshoniort werden soll.

Ueber Einzelheiten im Entwurf, eine bessere und schärfere Fassung des Begriffes „Kriegsrechtliche Unternehmung“, ferner über eine Beteiligung der Parlamente an den Ausschüssen für die Feststellung der Schäden, die wir für dringend notwendig halten, wird in der Kommission zu reden sein, an die ich den Gesetzentwurf zu verweisen beantrage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Siehr (Op.)

bedauert, daß die Feststellung der Schäden an Leib und Leben vorläufig noch ausgeschlossen bleiben soll. Die Regelung dieser Frage sei mindestens so dringlich wie die Feststellung der Schäden an beweglichen und unbeweglichen Gut. Wer das fürchtbare Elend der ostpreussischen Flüchtlinge miterlebt hat, wird volles Verständnis für die Dringlichkeit der Entschädigung dieser Unglücklichen haben. (Bravo.)

Abg. Dr. Thoma (nall.):

Wir begrüßen die Vorlage, die freilich die Hauptmasse aller Kriegsschäden noch gar nicht berührt. Es wird hier nur eine einzige, allerdings die am meisten in Auge springende Kategorie von Schäden, die in den Grenzgebieten, geregelt. Die Einheitslichkeit des Feststellungsverfahrens im ganzen Reich, wie sie die Vorlage bringt, ist allerdings eine dringende Notwendigkeit.

Abg. Kreth (Konf.)

verlangt, daß bei der Festlegung der Grundzüge der Entschädigung seitens des Reichs auch der Umfang festgestellt werde, in welchem das Reich den Ertrag für die Schäden übernehmen will.

Abg. Gamp (Deutsche Fr.)

brüht seine Freude über die einmütige Zustimmung des Hauses zu der Vorlage aus.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 8 Uhr.

Gernach Reichsvereinsgesetz.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Zur Vereinsgesetznovelle.

1. Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wendet sich in einer längeren Eingabe vom 6. Mai an den Reichskanzler. In dieser nimmt er gegen die Forderung in der Eingabe des Vorstandes des Deutschen Landwirtschaftsrats an den Reichskanzler Stellung, bei der Neuordnung des Reichsvereinsgesetzes die neuen Bestimmungen nicht auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen. Der Landarbeiterverband legt ausführlich dar, daß das Bedürfnis einer Interessenvertretung der ländlichen Arbeiter durch eine selbständige gewerkschaftliche Organisation gegeben ist. Der Verband zählte bei Beginn der Kriegszeit 2581 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder ist in der Kriegszeit auf durchschnittlich 10 000 zurückgegangen. Wenn in einer Eingabe der landwirtschaftlichen Arbeitgeberkreise, führt der Vorstand des Landarbeiterverbandes aus, darauf hingewiesen wird, daß sie besteht sind, die bestehenden Organisationen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber gemeinsam und in gleicher Weise den Arbeitnehmern zugänglich zu machen, so ist dabei vergessen worden zu sagen, daß es sich hierbei nur um eine Scheinvertretung der Arbeiter handelt. Der Charakter dieser Scheinvertretung wird in klarer Weise von dem Landarbeiterverband dann auseinandergesetzt. Zum Schluß heißt es:

„In einer Eingabe des Bundes der Landwirte, die sich gegen die Novelle zum Reichsvereinsgesetz richtet, wird gesagt: „Die Natur der ländlichen Arbeit bedingt eine engere Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als in der Industrie und ist in vieler Hinsicht auch noch in höherem Maße Vertrauenssache.“ Ist dieser Satz richtig, dann ist unbedingt erforderlich, daß für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft die gleichen Rechtsverhältnisse bestehen. Da der Bund der Landwirte jedoch in seiner Eingabe eine Einschränkung der Rechte der Landarbeiter fordert, so ergibt sich, daß diese Forderung nicht aus den in der Eingabe angeführten Gründen erfolgt, sondern aus Gründen, die aus Gerechtigkeitsgefühl auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen.

Aus den vorgenannten Gründen bitten wir Ew. Erzelenz ergebenst, allen Vorschlägen, die auf eine Verschlechterung des Vereinigungsrechtes der ländlichen Arbeiterschaft hinauslaufen, entschieden entgegenzutreten. Eine tatsächliche Störung des Burgfriedens würde es bedeuten, wenn man für die ländliche Arbeiterschaft, für die wahrlich schon genug Ausnahmegerese bestehen, noch weitere schaffen würde.“

2. Der Vorsitzende der Zentralkommission für Sport und Körperpflege, Genosse Harnisch-Weipzig, legt in einem längeren Aufsatze, dessen volle Wiedergabe Raumrücksichten verbieten, dar: Zu denen, für die die Novelle zum Reichsvereinsgesetz eine volle Entlastung gebracht hat, gehören auch die Arbeiter-Sportverbände. Als Rettung aus all den Drangsalierungen und Beschränkungen ihrer Tätigkeit hätten die Arbeiter-Sportverbände die Aufhebung des § 17 des Reichsvereinsgesetzes (Jugendparagraf) durch den Reichstag begrüßt. Diese Hoffnung sei nun bereitet, und das, wiewohl in den Zeiten des Burgfriedens und den Erfahrungen des Krieges auch den Arbeiter-Sportvereinen Anerkennung zuteil wurde. Dringend erforderlich sei die Beseitigung des § 17 und derjenigen landesgesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, die der weiteren körperlichen Erziehung der Jugend im Wege stehen. So der preussischen Kabinettsorder von 1834 und der diese ergänzenden Ministerialinstruktion von 1839. Zum allermindesten müsse, wenn § 17 nicht beseitigt werde, der Ausnahmefall der Beteiligung von Jugendlichen „zu geselligen Zwecken“ erweitert werden durch die Fassung: „zu geselligen, belehrenden oder sportlichen Zwecken“. Der § 3 des Reichsvereinsgesetzes genüge auch in der neuen Fassung keineswegs, um einer Wiederkehr von Beschränkungen vorzubeugen. Der Begriff der politischen Angelegenheit müsse erschöpfend geregelt und ausgeschlossen werden, daß als Einwirkung auf politische Angelegenheiten weiteres verstanden werde, als die durch einen Beschluß eines Vereins und im Namen desselben an eine gesetzgebende Körperschaft gerichtete Aufforderung auf Änderung eines bestehenden politischen Zustandes. Bei der Regelung des Reichsvereinsgesetzes möge man endlich den Bedürfnissen der Arbeiter-Sportvereine Rechnung tragen und bedenken, daß es sich um die Interessen von rund 400 000 Arbeitersportlern handele.

Politische Uebersicht.

Vom Reichstag.

Im Reichstag, der am Dienstag zusammentrat, fand nach einem Beschluß des Senorenkonvents über die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Entlassung des Abg. Dr. Liebknecht aus der Haft zunächst keine Debatte statt, sondern auf Vorschlag des Präsidenten wurden die Anträge dem Geschäftsausschuss zur schleunigen Berichterstattung überwiesen.

Das Haus beschäftigte sich sodann mit dem Gesetzentwurf über die Feststellung von Kriegsschäden, wobei Redner aller Parteien ihre grundsätzliche Zustimmung ausdrückten.

Aus der Reichstagsfraktion.

Der Genosse Reichstagsabgeordneter Rysse ist gestern aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgetreten und in die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eingetreten.

Zum Fall Liebknecht.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreiben zu den Anträgen auf Haftentlassung Liebknechts:

„In anderen Fällen sind solche Anträge selbstverständlich. Beim Abg. Liebknecht sollte man sich freuen, wenn auf dem Wege der militärischen Haft das vaterlän-

dische Ansehen von ihm befreit und er vor sich selber gerettet würde. Da übrigens Art. 81 der Reichsverfassung nur von der Aufhebung „jeder Untersuchungs- oder Zivilhaft“ auf Verlangen des Reichstags spricht, könnte man folgern, daß die militärische Haft eine Sonderstellung einnehme. Falls sich im übrigen ernstlicher Strafverdacht in Sachen der vaterländischen Interessen gegen Dr. Liebknecht ergeben haben sollte, wird der Reichstag hoffentlich den besonderen Fall besonders zu würdigen wissen.“

Die Auslegung, daß Anträge auf Entlassung aus militärischer Haft unzulässig seien, ist selbst von bürgerlicher Seite zurückgewiesen worden. Im übrigen spricht die Notiz für sich selbst.

Der von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eingebrachte schleunige Antrag lautet: Der Reichstag wolle beschließen:

„Das gegen das Mitglied des Reichstags Dr. Liebknecht eingeleitete militärische Strafverfahren und die gegen ihn verhängte Untersuchungshaft sind für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben.“

Bulgarische Gäste in Berlin.

Eine Abordnung bulgarischer Parlamentarier befindet sich zurzeit in Berlin, wo ihnen zu Ehren verschiedene Empfänge und Festlichkeiten stattfinden. Nach dem Aufsatze am Sonntag beim Bankett der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft wurden die bulgarischen Gäste Montag mittag vom Staatssekretär Dr. Solz in den Räumen der Deutschen Gesellschaft 1914 empfangen. Am Nachmittag fand ein feierlicher Empfang beim Reichskanzler im Auswärtigen Amt statt. Den Abschluß des Tages bildete ein Begrüßungsabend im Reichstage, wo die bulgarischen Gäste vom Präsidenten Dr. Kaempf festlich empfangen wurden.

Spargelausfuhr „erwünscht“!

Ein Berliner Kaufmann erfuhr bei einem Aufenthalt in Mecklenburg-Schwerin, daß dänische Agenten dort von den Bauern die diesjährige Spargelernte aufkaufen. In berechtigtem Erstaunen richtete er eine Eingabe an den Reichskanzler, indem er auf diesen bei der jetzigen Lebensmittelknappheit und Teuerung unbegreiflichen Vorgang aufmerksam machte. Auf seine Eingabe vom 16. April erhielt er, wie er der „Voss. Ztg.“ mitteilt, folgende Antwort:

Berlin W 8, den 29. April 1916.

Der Staatssekretär des Innern. Es liegt durchaus im Interesse der Spargelinteressenten und der deutschen Volkswirtschaft, daß das Abgabegebiet für Feischspargel, an dem besonders in diesem Jahr kein Mangel herrschen wird, nach Möglichkeit erweitert wird. Ein Export von Spargel nach dem neutralen Ausland kann zur Hebung der deutschen Valuta nur erwünscht sein. Im Auftrage: Kaup.

(Herr Kaup ist der ehemalige Vorstand der Reichs-kartoffelstelle.)

Wir glauben schon, daß es im Interesse der Spargelinteressenten liegt, Spargel auszuführen. Aber auch im Interesse der Konsumenten, die keineswegs unter Ueberfluß an Gemüsen zu leiden haben?! Die Preise für Spargel sind heute so hoch, daß nur wenige Arbeiterfamilien sich das wohlgeschmeckende Gemüse leisten können. Für die Begründung, durch die Spargelausfuhr würde die deutsche Zahlungsbilanz so sehr verbessert werden, daß der Markkurs einen günstigeren Stand erreichen würde, haben auch die bürgerlichen Blätter nur spöttische Bemerkungen.

Gegen das Kino.

Der antisemitische Abgeordnete Dr. Werner-Siechen hat folgende kurze Anfrage gestellt:

„Die Lichtspielhäuser überbieten sich seit geraumer Zeit in der verwerflichen Darstellung von Ehebruchs-„Komödien“ (sogenannten „Sittenschlagern“), Eindrecker- und Detektivskandalen abstoßender Art, unter Verwendung schreiender bildlicher Anpreisung und mit Unterstreichung des fittlich Bräutigen und Ansehensbaren. Mit ihren Vorstellungen „nur für Erwachsene“ übertreffen sie noch das, was sie leider schon vor dem Kriege dem Volke vorsetzen durften, und tragen damit erzieherischen Fort und Fort zur Verwilderung der Begriffe von Ehre und Sitte bei. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen treffen zu lassen, die geeignet sind, dem gerade jetzt doppelt empörenden Treiben der Lichtbühnen erfolgreich zu begegnen? Eine schriftliche Antwort würde mir genügen.“

Flurgeschadenersatz bei Notlandungen von Flugzeugen.

Aussch. Berlin, 9. Mai. (W. L. B.) Der bei Flugzeugnotlandungen entstehende Flurgeschaden wird erfahrungsgemäß trotz dringender Warnungen seitens der Flugzeuginsassen in der Hauptsache von den Zuschauern (Ortsbewohnern usw.) verursacht. Die Heeresverwaltung kommt für den durch die Zuschauer bewirkten Flurgeschaden nicht auf, vielmehr können dafür nur die letzteren selbst haftbar gemacht werden. Die Bevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht und gewarnt.

Aus der Partei.

Erläuterung.

Gegenüber der Auslegung, die der Parteivorstand den Beschlüssen der Kontrollkommission gegeben hat, stelle ich als Vorsitzender der Kontrollkommission folgendes fest.

Nach § 25 des Organisationsstatuts der Partei entscheidet die Prehkommmission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über alle Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Prehkommmission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Prehkommmission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser Organe eine Stimme hat.

Am 4. Mai hatte die Kontrollkommission über die zwischen dem Parteivorstand und der Prehkommmission entstandene Meinungsverschiedenheit zu entscheiden, ob der Redakteur Genosse Dr. Meyer zu entlassen ist. Der Parteivorstand hatte die Entlassung beschloffen, weil der Genosse Meyer außerhalb der Redaktion zur Verbreitung des Flugblattes „Lehre des 24. März“ beigetragen hatte, in dem die Aufforderung an die Organisation enthalten ist, diesem Parteivorstand die Beiträge nicht abzuliefern und weil Genosse Meyer auch in der Organisation, der er zugehört, mündlich dafür ein-

getreten war, daß die Organisation dieser Aufforderung nachkommen sollte. Die Preschkommission hatte einstimmig abgelehnt, dem Antrage des Parteivorstandes auf Entlassung Meyers beizutreten. Darauf beantragte der Parteivorstand bei mir die telegraphische Einberufung der Kontrollkommission nach Berlin auf den Karfreitagabend. Dem Antrage gab ich statt; in dieser Sitzung trat der Parteivorstand den eben geschilderten Sachverhalt vor. Die Preschkommission beantragte die Vertagung, weil Genosse Meyer nicht geladen war, auch die Redaktion nicht vollständig habe erscheinen können, ebenso seien mehrere Preschkommissionsmitglieder am Erscheinen verhindert. Der Parteivorstand widersprach der Vertagung. Die Kontrollkommission beschloß, die Angelegenheit auf den 2. Mai zu vertagen und zu der an diesem Tage mit dem Parteivorstand und der Preschkommission abgehaltenen Sitzung den Genossen Meyer und alle Redakteure des „Vorwärts“ zu laden. In der Sitzung vom 2. Mai stellte sich heraus, daß der Genosse Meyer verreist war und wahrscheinlich die Ladung nicht erhalten hatte. Es wurde beschlossen, die Sitzung auf den 4. Mai zu vertagen. In dieser Sitzung erschien der Genosse Meyer.

In der Verhandlung beantragte der Parteivorstand, die Meinungsverschiedenheit zwischen Parteivorstand und Preschkommission durch Stellung folgender Frage zum Austrag zu bringen:

„Kann der Genosse Meyer, der Parteiorganisationen öffentlich, schriftlich und mündlich auffordert, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen, also die Desorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehören?“

Die Preschkommission widersprach dieser Fragestellung, weil die Meinungsverschiedenheit die Frage betreffe, ob der Genosse Meyer als Redakteur wegen seiner Beteiligung am Flugblatt vom 24. März zu entlassen sei und die Frage, ob in seinem Verhalten eine Propagierung der Desorganisation liege, eine Vorwegnahme der Beantwortung des Streitpunktes sei.

Die Preschkommission beantragte die Frage so zu stellen: „Soll der Genosse Meyer als Redakteur des „Vorwärts“ entlassen werden, weil er im Flugblatt „Die Lehren des 24. März“ die Beitragsperrung an den Parteivorstand durch die Organisationen propagiert hat.“

Die Kontrollkommission beschloß hierauf in die materielle Verhandlung des Falles Meyer einzutreten.

Nach dieser mit dem Parteivorstand, der Preschkommission und der Redaktion gepflogenen Verhandlung, beschloß die Kontrollkommission dann in ihrer durch Statut vorgeschriebenen besonderen Sitzung, die zur Entscheidung gestellte Frage, ob der Genosse Meyer zu entlassen sei, durch Abstimmung über beide Fragestellungen zu entscheiden. Beide Fragestellungen verneinte sie mit Stimmengleichheit und hat dadurch die zwischen dem Parteivorstand und der Preschkommission entstandene Meinungsverschiedenheit, ob der Redakteur Meyer zu entlassen sei, im ablehnenden Sinn beantwortet. Die Ansicht des Parteivorstandes, die Kontrollkommission habe sich selbst ausgegallert ist durchaus irrig.

**W. v. d. V. Vorsitzender der Kontrollkommission.**

### Die Preschkommission

hat in ihrer Sitzung vom 9. Mai einstimmig folgenden Beschluß angenommen:

Die Preschkommission ersucht den Redakteur Genossen Meyer, trotz der öffentlichen Erklärung des Parteivorstandes auf seinem Posten auszuharren. Die dem Genossen Meyer von dem Geschäftsführer Fischer überhandte Kündigung ist nach dem Organisationsstatut der Partei rechtsungültig.

Gegenüber der Erklärung des Parteivorstandes im „Vorwärts“ vom 7. d. M. steht sich die Preschkommission veranlaßt, folgende Tatsachen festzustellen:

1. Der Entscheidung der Kontrollkommission unterlagen materiell und formell nicht irgendwelche zwei Anträge — je einer von dem Parteivorstand und der Preschkommission —, sondern nur ein einziger Antrag: Die vom Parteivorstand beantragte Entlassung des Gen. Meyer aus der Redaktion des „Vorwärts“. Diese vom Parteivorstand für sich zunächst beschlossene Entlassung wurde von ihm der Preschkommission in einer schleunigst einberufenen Sitzung am 14. April offiziell mitgeteilt, diese selbe Entlassung wurde sodann von der Preschkommission in ihrer Sitzung am 18. April einstimmig abgelehnt, folglich konnte gemäß § 26 des Organisationsstatuts nur derselbe von der Preschkommission abgelehnte Entlassungsantrag als Konfliktgegenstand zwischen den beiden Instanzen der endgültigen Entscheidung der Kontrollkommission unterliegen. Die Preschkommission hatte ihrerseits gar keine Anträge der Entscheidung der Kontrollkommission zu unterbreiten, da ihre Rolle im gegebenen Konflikt lediglich darin bestand, die beabsichtigte Handlung des Parteivorstandes: die Entlassung des Gen. Meyer zu inhibieren. Diesen klaren und einfachen Sachverhalt suchte der Parteivorstand in der Sitzung der Kontrollkommission durch eine plötzliche völlig neue Formulierung des Konfliktgegenstandes zu verdunkeln, indem er zweimal hintereinander der Kontrollkommission eine Frage zur Entscheidung unterwarf, die der Berliner Preschkommission weder vorher zur Beschlussfassung vorgelegt worden war, noch auch in ihrer allgemeinen Fassung der Kompetenz dieser Instanz überhaupt hätte unterstehen können. Angesichts dieser beabsichtigten gewaltsamen Verschiebung der Frage durch den Parteivorstand, mit der durchsichtigen Tendenz, für den Fall der Stimmengleichheit in der Kontrollkommission um jeden Preis die Entlassung des Gen. Meyer zu erzwingen, sah sich die Preschkommission genötigt, den Parteivorstand auf seine wirkliche Fragestellung festzunageln. Was der Parteivorstand also jetzt für den „Antrag der Preschkommission“ auszugeben versucht, dem er einen anderen entgegenstellt, ist nur sein eigener ursprünglicher Antrag, von dem durch ungeschickte Winkelzüge abzurücken er sich alle Mühe gab, als ihm die Ablehnung desselben durch die Kontrollkommission wahrscheinlich wurde.

2. Sollte auch die Darstellung des Parteivorstandes zutreffen und die Kontrollkommission über jene angeleglichen zwei Anträge zwei entgegengesetzte Entscheidungen getroffen haben, so würde sich daraus höchstens die dringende Notwendigkeit ergeben, die Partei schleunigst in Kenntnis darüber zu setzen, durch welche Umstände die Kontrollkommission beschluß- und aktionsunfähig geworden und wie dagegen Remedur zu schaffen sei. Wenn der Parteivorstand hingegen aus jener angeblichen widersprechenden Entscheidung der Kontrollkommission folgern zu dürfen glaubt, daß er nun die Kontrollkommission einfach mit einer Handbewegung auf die Seite schieben und seinem Herrschaftspunkt in der Redaktion des „Vorwärts“ ungewert Geltung verschaffen darf, so bedeutet das nichts anderes als die Proklamierung des nackten Faustrechts des Parteivorstandes in Berlin, genau wie früher in Duisburg.

Nach der Berliner Preschkommission wird nun die oberste Instanz der Gesamtpartei — die Kontrollkommission —, weil sie der Preschkommission zugestimmt hat, zum alten Eisen geworfen. Jede Instanz, die nicht pariert und der Politik des Parteivorstandes als gefügiges Werkzeug dient, wird einfach ausgegallert, und das Parteistatut wird zum Geißel gemacht. Die „Güter des Par-

teistatuts“ führen die Partei mit jedem Tage durch einen neuen Gewaltstreich dem Zustand der inneren Anarchie entgegen.

### Die Preschkommission des „Vorwärts“.

#### Stellungnahme zum Parteikonflikt.

Die Kreisversammlung des 4. Berliner Reichstagswahlkreises vom 8. Mai beurteilt aufs neue die vom Parteivorstand gegen die „Vorwärts“-Redaktion geübte Faustrechtspolitik, sie beauftragt den Vorstand und die Mitglieder der Preschkommission rücksichtslos jedes Mittel anzuwenden, um den Berliner Genossen das Eigentumsrecht an der Vorwärts-Druckerei und dem „Vorwärts“ mit allen seinen Konsequenzen zu sichern.

#### Erklärung des Leipziger Bezirksvorstandes.

Die Bezirkskonferenz Leipzig, die sich zusammensetzt aus den Vorständen des 11. bis 14. sächsischen Reichstagswahlkreises, dem Bezirksvorstand, dem im Bezirk wohnenden Abgeordneten der Partei, den Mitgliedern der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Volkszeitung für das Ruhrgebiet“, nahm am 2. Mai zu den neueren Vorgängen in der Partei Stellung.

Die Ereignisse der letzten Zeit zeigen, daß der Parteivorstand und der Parteiaussschuß versuchen, sich Befugnisse anzueignen, die nur dem Parteitag zustehen. Als solche Maßnahmen kommen in Betracht:

1. daß das Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Redaktion des „Vorwärts“ nach dem klaren Wortlaut des Organisationsstatuts der Partei unzulässig ist;
2. daß bei der Entlassung der beiden Redakteure in Duisburg der Parteivorstand nach eigenen Angaben sich über die zuständigen Parteinstanzen in Duisburg hinweggesetzt hat und die Entlassung auf bloße Denunziation hin veranlaßt;
3. daß der Parteivorstand gegen Sinn und Wortlaut des Organisationsstatuts den Parteiaussschuß veranlaßt, den Beschluß über die Budgetfrage fälschlich anzulegen, ihn als Richter über die Reichstagsabgeordneten und den „Vorwärts“ fungieren ließ und sich damit Rechte annahm, die nur dem Parteitag zustehen;
4. daß er die Rechte des Reichstags verleiht, indem er die Mitglieder der Kontrollkommission, die sich der Arbeitsgemeinschaft im Reichstagsangelegenheiten haben, mit Hilfe des Parteiaussschusses aus den ihnen vom Parteitag übertragenen Ämtern zu drängen versucht;
5. den Parteiaussschuß veranlaßt, gegen den Wortlaut des Statuts ihm oppositionell gestimmte Parteimitglieder ohne das vorgeschriebene Ausschlußverfahren aus der Partei hinauszudrängen;
6. den Vorsitzenden der Partei, Genossen Haase, zwang, sein Amt als Vorsitzender niederzulegen;
7. die Gelder der Gesamtpartei dazu benutzte um Schriften zu verbreiten, die mit tendenziösen und bewußt falschen Behauptungen über die Vorgänge selbst und über die oppositionellen Mitglieder der Partei gefüllt sind.

Aus all diesen Vorgängen geht hervor, daß der Parteivorstand planmäßig und mit Absicht die Parteigelehrte verleiht und damit auf eine Sprengung der Parteiorganisation hinwirkt.

Ziel und Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die ... in eine sozialistische umzuwandeln, die politische Macht zu erringen und den Kampf um dieses Ziel zu einem einheitlichen zu gestalten. Die Verwirklichung von Kriegskrediten und vor allem die seit dem 4. August 1914 eingeschlagene Politik ist unvereinbar mit den Aufgaben der Sozialdemokratie, weil dadurch ... und die Lösung der Aufgaben des Sozialismus gehindert wird.

Das Verhalten der Fraktionsmehrheit ist die Ursache zu den den Parteigelehrten und Beschlüssen zuwiderlaufenden Handlungen des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses, es hat zur Spaltung der Fraktion geführt.

Die Einheit der Organisation ist notwendig, um dauernd den Kampf um das sozialistische Ziel, ... mit Erfolg führen zu können. Deshalb fordern wir vom Parteivorstand, daß er streng die Bestimmungen des Parteiorganisationsstatuts und die Beschlüsse des Parteitages einhält, und fordern von der Kontrollkommission, als der vom Parteitag eingesetzten Instanz, den Parteivorstand in die ihm zustehenden Grenzen seiner Befugnisse zurückzuweisen.

Der Streit selbst ist auf dem nächsten Parteitage, der nach Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Garantien zusammentritt, auszutragen. Es darf aber das jedem Parteigenossen zustehende Recht der Kritik und Werbung für seine Ueberzeugung nicht verwehrt werden, er muß sich aber hierbei im Rahmen der Organisation halten.

Wir fordern die Parteigenossen im Reiche auf, in diesem Sinne auf den Parteivorstand und die Fraktion einzuwirken.

Die Funktionäre des 12. und 13. Wahlkreises haben der Erklärung zugestimmt.

### Die Antwort der Königsberger Parteioorganisation an die Gewerkschaftsvorstände.

Auf die Erklärung des Parteiaussschusses der Königsberger Gewerkschaften antwortet der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Königsberg folgendes:

Von seiten der Königsberger Parteileitung ist vor der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins den Gewerkschaftsvertretern das Anerbieten gemacht, für die Stellungnahme zu politischen Angelegenheiten in Zukunft wieder allein diejenigen Grundsätze wahren zu lassen, die bis zum Kriege Geltung hatten. Am Dienstag, den 27. April, wurde vom geschäftsführenden Ausschusse des sachsenpreussischen Bezirksvorstandes einer von ihm einberufenen Sitzung von Gewerkschafts- und Parteivertretern folgender Antrag unterbreitet:

„Nach gemeinsamer Beratung erklären Gewerkschaftsaussschuß, Agitationskommission, geschäftsführender Ausschuss des Bezirksvorstandes und die Parteileitungen von Königsberg Stadt und Land, daß es im Interesse aller Zweige der Königsberger Arbeiterbewegung liegt, von jetzt an die Erörterungen von Parteistreitfragen nicht in die gewerkschaftlichen Organisationen hineinzugetragen oder sonst mit Hilfe von gewerkschaftlichen Einrichtungen zu betreiben.“ Dieser Antrag fand auf Gewerkschaftsseite nicht allgemeine und volle Zustimmung. Es wurden vielmehr von einigen Gewerkschaftsführern die Bedingungen gestellt, die Parteileitung solle den Gewerkschaftsvertretern ein Mitbestimmungsrecht in den Parteistritten einräumen. Diese Forderung war für die Parteivertreter unannehmbar. Es mußte daher am Schluß der Sitzung festgesetzt werden, daß unser Versuch, die alte Grundlage für gewerkschaftliche Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Partei zu schaffen, gescheitert sei. So blieb leider nichts übrig, als die Freibreien einzelner Gewerkschaftsführer in der Generalversammlung aufzudecken und von ihr darüber ein Urteil zu verlangen.

Die Entschliebung der Gewerkschaftsvorstände spricht von „Unterstellungen“, von unrichtigen und unzutreffenden Beschuldigungen der Gewerkschaften, welche die von der Generalversammlung beschlossene Resolution enthalten soll. Wir fordern den Parteiaussschuß auf, in der Resolution auch nur eine einzige Unterstellung oder unrichtige Beschuldigung der Gewerkschaften nachzuweisen. Das wird er nicht vermögen. Wir stehen zu jedem Wort der Resolution und werden es erforderlichenfalls urkundlich und durch Zeugen beweisen!

Die Entschliebung der Gewerkschaftsvorstände beruft sich auf einen Beschluß der Vorstandskonferenz der gewerkschaftlichen Zentralverbände von 5./7. Juli 1915 und auf das Mannheimer Abkommen zwischen Partei und Gewerkschaften.

Der Beschluß der Gewerkschaftsvorstände ist eine innere gewerkschaftliche Angelegenheit. Als einseitige Rundgebung vermag er die Beziehungen von Gewerkschaften und Partei nicht gültig zu regeln. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß dieser Beschluß seinerzeit aus den Gewerkschaften heraus lebhaften Widerspruch gefunden hat, und zwar sowohl wegen seines sachlichen Ju-

halts, als auch in Ansehung der formalen Zuständigkeit der Gewerkschaftsvorstände für diesen Beschluß. Der Beschluß ist übrigens in der Erklärung der Königsberger Gewerkschaftsvorstände unrichtig wiedergegeben. Der Schlußsatz findet sich nicht in ihm, sondern ist ein reaktionärer Zusatz des Korrespondenzblattes der Generalkommission.

Was aber die Mannheimer Vereinbarung betrifft, die allein für die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Partei die vertragliche Grundlage bildet, so ist es die Königsberger Parteileitung, welche diese Vereinbarung nicht nur anerkennt, sondern in ihrem Geiste auch handelt. Wir verlangen gerade, daß alle Gewerkschaftsführer wie vor dem Kriege so auch in Zukunft sich im Rahmen dieser Vereinbarung halten und nicht darüber hinausgehende Rechte für sich in Anspruch nehmen.

Da die Königsberger Gewerkschaftsvorstände gleichfalls das Mannheimer Abkommen zur Richtschnur ihres Handelns machen wollen, halten wir eine Verständigung über die obwährenden Differenzen, die gewiß nach allerseitiger Ansicht im Interesse der Königsberger Arbeiterbewegung liegen würde, für wohl möglich. Lehten Endes aber steht ja die Entscheidung über alle diese Streitfragen nicht den Organisationsleitungen, sondern der Gesamtheit der Genossen zu. Diese werden, das sind wir gewiß, wenn erst freie Diskussion in Presse und Versammlungen wieder zulässig sein wird, selbst gegen den Willen ihrer Führer, sich wieder zu gemeinsamer Arbeit die Hände reichen.

## Aus Groß-Berlin.

### Mängel in der Lebensmittelversorgung.

Die Fleischknappheit in Berlin hat die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf die Ursachen dieser Erscheinung gelenkt und auch auf die Frage, wie abzuhelfen ist. Dabei erleben wir, daß die verschiedensten Behörden und Interessentengruppen bestrebt sind, die Schuld von sich ab- und auf eine andere Behörde zu wälzen, immer aber mit dem Ergebnisse, daß wirkliche Abhilfe nicht erfolgt. Am schlimmsten sind die Gemeinden daran, die in letzter Linie für eine richtige Verteilung des Vorhandenen sorgen sollen. Aufgaben, die in Friedenszeiten vernachlässigt worden sind, sollen nun im Handumdrehen gelöst werden. Das ist natürlich nicht leicht, da oft der Gemeinde die Befugnisse fehlen, die sie zu einer geordneten Ausführung der ihr übertragenen Aufgaben benötigen. Aber auch wenn die Gemeinden alle Rechte der Exekutive befüßen, wenn sie alle polizeilichen Nachmittel übertragen erhielten, so bleibt doch die Tatsache unbestritten, daß die Gemeinde nicht mehr Lebensmittel verteilen kann, als sie selbst erhält. Das zeigt sich besonders beim Fleisch. Wir hatten in den letzten Tagen auf die Fleischknappheit und auf den Mangel einer geordneten Verteilung wiederholt hingewiesen. Aus Anlaß des Artikels „Mängel in der Lebensmittelversorgung“ vom Genossen Robert Schmidt erhalten wir nun vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg eine Berichtigung, in der es heißt:

„Der in der Nr. 123 des „Vorwärts“ vom 5. Mai d. J. veröffentlichte Artikel „Mängel in der Lebensmittelversorgung“ enthält in Absatz 3 folgende Sätze:

„den Höchstpreisen für Vieh sind die Höchstpreisfestsetzungen für den Verkauf des Fleisches im Kleinhandel getolgt. Noch glücklicher — kurz vor den Osterfeiertagen, nachdem der Vorschlag der Berliner Gemeindeverwaltung einige Wochen beim Oberpräsidenten zur Prüfung gelegen hatte.“

Die letztere Behauptung ist unrichtig. Der Antrag des Berliner Magistrats auf Festsetzung der Höchstpreise für den Fleischverkauf im Kleinhandel datiert vom 15. April. Er ist am Palmsonntag, den 16. April, bei mir eingegangen und am Montag, den 17. April, von mir genehmigt worden. Die genehmigende Verfügung ist noch an demselben Tage (17. April) an den Magistrat abgehandelt worden.“

Die Mitteilung des Herrn Oberpräsidenten ist richtig und man wird zunächst verwundert sein, daß die Veröffentlichung der neuen Preisfestsetzung für Rindfleisch von der Stadt Berlin noch einige Tage verschoben wurde. Der Grund wird in folgendem gefunden: Die Lieferung von Vieh ist den Viehhandelsverbänden übertragen. In den Tagen des Eingangs der Genehmigung waren die Verbände noch nicht so weit, um ihre Verpflichtungen auch erfüllen zu können. Es bestand aber nach den bisherigen Erfahrungen mit den Höchstpreisen die Gefahr, daß noch weniger Vieh als bisher nach Berlin gekommen wäre, wie dies im Vorjahre zeitweise mit den Kartoffeln eintrat.

Nach dem festgelegten Verteilungsplan hätte Berlin von dem Viehhandelsverband wöchentlich 2125 Rinder angeliefert erhalten müssen. Beliefert worden sind aber in der Woche vom 10. bis 15. April nur 781 Rinder, vom 16.—22. April 1115 Rinder, in der Woche vom 23.—29. April 1658 Rinder und in der letzten Woche des Monats April nur 1288 Rinder geliefert worden. Es ist also nicht entfernt angeliefert worden, was nach dem Verteilungsplan Berlin hätte bekommen sollen. Besser sieht es mit den Kälbern. Kälber soll Berlin wöchentlich 2185 erhalten, geliefert wurden in den oben genannten Wochen 8916, 8967, 2901 und in der letzten Woche 8076. Mit den Schweinen sieht es trübe aus. Es ist natürlich, daß eine Gemeinde nur abgeben kann, was sie selber erhält. Werden die ihr gemachten Zusagen nach dem aufgestellten Verteilungsplan nicht gehalten, so wird der Erfolg sein, daß die Gemeinde in die größten Verlegenheiten kommt und in letzter Linie die Prügel einstecken muß, die eigentlich anderen Stellen zugehört sind.

Immerhin bleiben wir dabei, daß die Gemeinde die Verteilung des Fleisches in eigene Regie nehmen muß, da der private Handel nicht die Garantie einer geordneten Verteilung bietet, die in heutiger Zeit der Lebensmittelknappheit erforderlich ist.

### Interpellation der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgende Anfrage unterbreitet:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat Berlin zu ergreifen, um die Fleischversorgung der Berliner Bevölkerung zu regeln und zu sichern?“

### Der Handelsminister gegen die neue Mode.

Gegen die neue Mode mit ihrem erhöhten Stoffverbrauch hat jetzt der Handelsminister eine besondere Verfügung erlassen. Das Landesgewerbeamt hatte einen Bericht über die Verfassung der Modeauswätsche mit Hilfe der gewerblichen Schulen erstattet. Der Minister tritt diesen Ausführungen bei und ersucht die beteiligten Regierungspräsidenten, die ihm unterstehenden Schulen und Klassen für die weibliche Jugend schleunigst zu einem Vorgehen im Sinne des Berichtes zu veranlassen. Es soll dies schon für die nächste Herbstmode geschehen. Veranlaßt ist der Bericht durch die Verstrebungen des Kriegsministers. Es soll in jenen Schulen die weibliche Jugend über die schädlichen Wirkungen dieser Mode in wirtschaftlicher und nationaler Beziehung eindringlich belehrt werden. Die herrschende Mode verschwendet durch übertrieben falltariche Formen, durch Krüuren und Wolants und durch peliermenartige Gestaltung der Röcke und Mäntel so große Stoffmengen, daß oft doppelt soviel als bei einfacherer Ausführung notwendig wird. Bei fortgesetzt übertriebener Stoffverwendung könnte so schließlich die Deckung unseres Bedarfs gefährdet werden.

### „Eier“, „Eierkonserven“, „Eiweiß“.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Ueber die Auslegung der Begriffe „Eier“, „Eierkonserven“ und „Eiweiß“ im Sinne der Bekanntmachung über die Vereitlung von Nudeln vom 16. Dezember 1915 (R.-G.-Bl. S. 823) haben die zuständigen Minister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister zur Behebung von Zweifeln in den beteiligten Fachkreisen das folgende festgelegt. Es sind zu verstehen unter „Eiern“: frische Eier sowie Eier, die durch Aufbewahrung in Kalteiswasser, Wasserglaslösung, Sorantollösung oder dgl. in Kühlhäusern oder durch Verpackung in Wäse, Korn, Papier, Stroh oder dgl. haltbar gemacht sind; unter „Eierkonserven“: flüssiges, durch Kochsalz oder sonstige Zusätze haltbar gemachtes Eiweiß und Eiweiß sowie eingetrocknetes Eiweiß und Eiweiß (auch „künstliches“ Eiweiß, Trocken-eiweiß oder Eialbumin genannt); unter „Eiweiß“: Eiweiß jeder Art, also auch Trocken-eiweiß und dergl.

Soweit an Stelle von Eiern flüssiges oder getrocknetes konserviertes Eiweiß verwendet wird, dürfen für 100 Gramm Eier neben höchstens 100 Gramm flüssigem oder 17,5 Gramm eingetrocknetem Eiweiß nicht mehr als 55 Gramm flüssiges oder 30 Gramm eingetrocknetes Eiweiß genommen werden, da 55 Gramm flüssiges konserviertes ebenso wie 30 Gramm eingetrocknetes Eiweiß etwa der in 150 Gramm frischem Ganzei enthaltenen Eidottermasse und 17,5 Gramm eingetrocknetes Eiweiß etwa 100 Gramm flüssigem frischem Eiweiß (Eiweiß) entsprechen.

**Der Fall Biefold.** Wie wir dieser Tage meldeten, war auch das Geschäft des Fleischhändlers Biefold von einer Hausfuchung und zwangsweisem Verkauf von Wurst und Fleisch betroffen worden. Der Rechtsbeistand der Firma verweist an die Zeitungen eine Verächtigung, der wir folgendes entnehmen: „Es ist unrichtig, daß im Geschäft der Firma Biefold Hunderte von Zentnern Speck, Schinken, Dauerwürste, frisches Rind- und Schweinefleisch, Ferkel- und ganze Zentner Fett und Talg gefunden und beschlagnahmt sind. Es wurden lediglich gesunde, beschlagnahmt und zum Verkauf gebracht: 8 bis 8 1/2 Zentner frisches Schweinefleisch (vier halbe Schweine), 60 Pfund Kalbfleisch (zwei Küden und zwei kleine Keulen), 50 Pfund Speck und Schinken und 1 1/2 Zentner noch im Kessel befindliche Leberwurst. Diese Waren waren sämtlich für den Sonnabendverkauf bestimmt, das Fleisch war erst Freitag angeliefert, die Leberwurst Donnerstag gemacht. Rindfleisch war überhaupt nicht vorhanden. Die gesamten, für den Sonnabendverkauf bestimmten Waren stellten einen Wert von circa 1000 Mark dar. Ferner wurden 20 Zentner unfertige, noch in der Kasse liegende Schweinehälften, die jetzt zur Abänderung und dann zum Verkauf kommen sollten, gleichfalls beschlagnahmt und für circa 3000 Mark verkauft. Wegen der Beschlagnahme ist Beschwerde erhoben worden. Die genannten 20 Zentner waren in der Fabrikation befindliche Ware, während und im übrigen die vorhandenen genannten Vorräte auch nicht entfernt zur Deckung des Umsatzes der Firma, der täglich etwa 10 000 Mark beträgt, ausreichen. Hierzu wird bemerkt, daß die Firma Lieferantin der größten Berliner Hotels, Restaurants sowie von Lazaretten und Gefangenenlagern ist. In den Privaträumen der Inhaber hat eine Hausfuchung nicht stattgefunden und dabei Ware oder gar zentnerweise Ware gefunden. Die Firma belom Fleischzufuhren in den letzten Wochen nur Donnerstag und Sonntag, führte davon einen Teil an die Restaurants, Hotels, Lazarette, Gefangenenlager usw. ab, während der Rest zum Ladenverkauf kam (nur von den Schweinen wurde das zugelassene Drittel für die Wurstfabrikation verwendet).“

Eine verhängnisvolle Wirkung hatte ein Brief, den die Schlosserfrau Martha B. aus der Hufstr. 10 erhielt. Ihr Mann, der sich seit einiger Zeit in Kiel aufhielt, schrieb ihr, daß er ihr dort untreu geworden und erkrankt sei. Die ohnehin eifersüchtige Frau geriet darüber in eine solche Aufregung, daß sie sich mit Leuchtgas vergiftete. Als man sie gestern auffand, war sie schon tot.

Zwei Kinderleichen wurden gestern aus dem Wasser gefischt, die eines neugeborenen Knaben aus dem Nordhafen und die eines neugeborenen Mädchens am Nordufer aus dem Schiffahrtskanal. Beide haben schon längere Zeit im Wasser gelegen. Die Leiche des Knaben war in einem weissen Tuch und in braunem Packpapier eingewickelt und verpackt, die des Mädchens lag, ebenfalls in ein weisses Tuch gewickelt, in einem braunen Pappkarton. Bei der fortgeschrittenen Verwesung konnten etwaige Spuren äußerer Gewalt nicht mehr festgestellt werden.

Das Opfer einer Gaskochung ist der 53 Jahre alte Kaufmann Georg Zimmermann geworden, der in der Joffener Str. 44 als Junggehilfe ein möbliertes Zimmer bewohnte. Seine Witva fand ihn gestern tot neben dem Bette liegen. Der Hahn seiner Gaslampe war nicht ganz geschlossen. Allem Anscheine nach liegt ein Unfall vor.

Das Verschwinden einer Greisin beschäftigte die Polizei in Neudölln. Die 86 Jahre alte Witwe Alwine Quaslebath aus der Reuterstraße 33 verließ am Sonnabendvormittag zwischen 10 und 11 Uhr unbemerkt ihre Wohnung und kehrte bisher nicht wieder zurück. Die Greisin leidet seit einiger Zeit an einer starken Nabelschmerzen. Im März d. J. ging sie auch schon einmal weg und wurde im Schleiffischen Busch wieder gefunden. Wahrscheinlich wandert sie auch jetzt wieder ruhelos und planlos umher. Sie ist sehr klein, hat graues Haar und blaue Augen, trägt ein schwarzes Kopftuch, einen grauen Rock und Halbschuhe und geht etwas gehäuft. Mitteilungen über ihren Verbleib nimmt die Neudöllner Polizei entgegen.

Von der Feldbahn überfahren und getötet wurde gestern morgen am Dammweg in Neudölln ein unbekannter Knabe von etwa 12 bis 13 Jahren. Hinter dem Stadtbahnhof Kaiser-Friedrich-Straße werden zur Anlage des Wohnviertels von Neudölln jetzt große Straßenausschüttungen vorgenommen. An der Feldbahn, die zu diesem Zwecke angelegt ist, treiben oft Kinder gefährliche Spielereien. So geriet der Knabe unter einen Zug und büßte sein Leben ein. Mitteilungen über die Persönlichkeit des Toten sind an die Neudöllner Kriminalpolizei zu richten.

Die Berliner Feuerwehr wurde wegen eines Werkstättenbrandes von zwei Seiten nach der Mariannenstr. 48 gerufen. Dort brannten Werkzeuge, Regale u. a., so daß tüchtig gelöscht werden mußte. Knaben legten am Montagvormittag auf den Archiberg einen Schlingensack an. Der lodere Dünensack kam dabei ins Rutschen. Der 12jährige Schüler Franz Schimmelfennig wurde verhaftet. Die alarmierte Feuerwache aus der Ebnburger Straße war zum Glück schnell zur Stelle und es gelang ihr, den Knaben noch lebend aus der Grube herauszuholen und nach der eierlichen Wohnung zu bringen. In der Watterstr. 17 stand der Dachstuhl des 1. Obergeschosses mit den Bodenräumen in Flammen. Die Wehr hatte hier längere Zeit zu tun. Samariter der Wehr waren mit Erfolg in der Pringenzstr. 24 tätig, wo sich eine weibliche Person mit Gas vergiftet hatte. Keller- und Wohnungsbrände wurden aus der Weberstraße 7, Adalbertstr. 79 und anderen Stellen gemeldet.

Vermißt wird seit Ende Dezember 1914 der Infanterist Georg Kuhne, der im Gefecht bei Thama (Mittelpolen) verwundet worden ist. Nähere Angaben über den Verbleib desselben sind an Richter Adolf Kuhne, Neudölln, Wöhrmische Straße 10, zu richten. Seit dem Gefecht bei Souchez am 13. Oktober 1915 wird der Pflücker Hermann Verker (12. Komp.), geboren 31. März 1878 zu Liebenow (Landsberg), vermißt. Kameraden, die über den Verbleib des Vermißten Auskunft geben können, werden gebeten, Mitteilungen an Frau Verker, Berlin-Pantow, Kaiser-Friedrich-Straße 53, gelangen zu lassen.

In der Arbeiter-Bildungsschule ist am Sonntagvormittag ein Gut verwechselt worden. Im Rückgabe wird gebeten an Scgilinsky, Aufzuchtstr. 158, Hof IV.

## Aus den Gemeinden.

### Sozialdemokratische Lebensmittelanträge in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat aus Anlaß der jüngsten Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt folgenden dringlichen Antrag eingebracht, der voraussichtlich bereits in der Sitzung vom Mittwoch zur Beratung kommt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- Der Magistrat wird ersucht, 1. nach dem Muster der süddeutschen Staaten unverzüglich Fleischarten einzuführen;
2. für die Verteilung der städtischen Nahrungsmittel besondere Verkaufsstellen zu schaffen, in denen unter Aufsicht des Handels die Nahrungsmittel unter Leitung und Aufsicht städtischer Organe unmittelbar der Bevölkerung zugeführt werden;
3. solange und soweit städtische Verkaufsstellen nicht eingerichtet sind, für eine schärfere Kontrolle der Ladeninhaber zu sorgen und zu diesem Zweck sämtlichen Mitgliedern der städtischen Körperschaften und sonstigen geeigneten Personen — insbesondere auch Frauen — im Einvernehmen mit der Polizeibehörde Ausweisarten auszustellen, die zum Betreten der Läden und zur Kontrolle der Art des Verkaufs berechtigen.

### Vermehrung der Volkstüchen in Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung am Montag erließ zunächst das Auktionen der verstorbenen Stadtverordneten Göttheimer und Kubig.

Durch erhebliche Einberufungen des Feuerwehrpersonals zum Heeresdienst wurden zum Austräumen bei Bränden die Straßensprengung herangezogen. Als Entgelt dafür wurde eine 50 prozentige Erhöhung gewährt. Dieser Betrag wurde als zu gering angesehen und 100 Proz. Zuschlag verlangt für mindestens drei Stunden. Dem wurde zugestimmt.

Hierauf kam der Dringlichkeitsantrag auf Vermehrung der Volkstüchen zur Beratung.

Reyer (Liberal) führte dazu aus, daß in der Mittelstandsklasse täglich 1400 Personen beschäftigt werden, während in den Volkstüchen täglich 2000 Personen ihr Essen zu sich nehmen. Darum müsse eine Vergrößerung vorgenommen werden. Die Volkstüchen in Lichterberg böten nicht das, was Hamburg mit seiner Volksernährung leistet; sie sind sehr primitiv und unpraktisch. Es wurde beschlossen, die Anzahl der Stüchen zu vermehren. Genosse Küter wünschte, daß bei der Speiserverteilung jeder ein Brestel erhält, ohne daß dafür besonders Entgelt erhoben wird. Es wurde zugestimmt diesem Uebelstand abzuwehren.

Die Magistratsvorlage auf Erhöhung der Feuerungszulagen für städtische Arbeiter und Beamte wurde dem Staatsauschuss überwiesen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde die Erhöhung der Vergütung an den evangelischen Geistlichen für die Versorgung der Patienten des Krankenhauses von 500 Mark auf 800 Mark erhöht. 1500 Mark waren beantragt worden.

### Regelung der Lebensmittelversorgung in Friedrichshagen.

In der letzten Sitzung der Marktkommission, der die Versorgung mit Lebensmitteln obliegt, wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Mit der Meierei Bolle wird ein Vertrag geschlossen, der es ermöglicht, die bisher in Friedrichshagen eingeführte Milch den Verbrauchern zu erhalten. Für Kinder unter sechs Jahren, stillende Mütter und Kranke sollen Milchsorten zur vorzugsweisen Verwendung ausgestellt werden. Zur Fleischversorgung wurde beschlossen, nur noch an zwei Wochentagen, am Mittwoch und Sonnabend das Fleisch anzuteilen. Da nur eine geringe Menge in Frage kommt und die Verteilung auf Schwierigkeiten stößt, soll in jeder Woche die Verteilung fünf Fleischern übertragen werden. Der Ort wird zu diesem Zweck in fünf Bezirke eingeteilt, denen ein bestimmter Kundenkreis zugewiesen wird. Diese Maßregel führt hoffentlich zu einer gerechten Verteilung der Fleischmengen und der Vereitelung des lästigen Andrangs. Die Kontrolle soll durch die beim Verkauf abzutretenden Abschnitte der Lebensmittelkarte durchgeführt werden. Die Abschnitte werden in jeder Woche durch die Fleischer gesammelt und sind dann im Rathaus einzureichen. Es wird ferner die Ausgabe von einigen durch die Gemeinde beschafften Vorräten (Erbsen und Wackeln) beschlossen. Die Austeilung soll den Lebensmittelgeschäften übertragen werden. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß auch Zucker, Kartoffeln und Serringe in nächster Zeit zum Verkauf kommen.

### Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

In einer Mitgliederversammlung des Wahlvereins Tempelhofer Hof, die von 25—30 Personen besucht war, wurde nach Aussprache folgender Antrag angenommen:

„eine Kreisgeneralsversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung:

Reinwahl des Vorstandes.“

Weiterhin gelangte eine längere Resolution, in der das Verhalten der Mehrheit verurteilt, dem Genossen Liebmecht das Vertrauen ausgesprochen und endlich die Herausgabe der „Parteiliteratur“ und der „Fackel“ verurteilt wird, mit Mehrheit zur Annahme.

## Aus aller Welt.

### Ueber 10 000 Pfund Fleischwaren zurückgehalten.

Die städtische Polizei in Köln a. Rh. hat am Dienstag in zahlreichen Weggereien Durchsuchungen nach Fleischvorräten abgehalten. Dabei wurden bei dem Großschlächter Sommer über zehntausend Pfund Schinken, Speck, Rindfleisch und Wurstwaren vorgefunden. Zum Teil waren sie schon infolge unsachgemäßer Aufbewahrung in Fäulnis übergegangen. Es hat sich herausgestellt, daß Sommer fortgesetzt gewaltige Mengen von Fleisch nach anderen Städten zu hohen Preisen ausgeführt hat. Die Polizei hat das unverdorrene Fleisch beschlagnahmt und dem Schlachthof zugeführt, wo es sofort verkauft wurde. Gegen Sommer, dessen Geschäft geschlossen wurde, ist Klage erhoben worden.

### Eine unerhörte Nahrungsmittelfälschung

Iam in einer Verhandlung gegen den Möbelhändler Christian Camps vor der Strafkammer in Düsseldorf zur Erörterung. Die Firma Baruch u. Marks in Nürnberg hatte Ende 1914 für die Heeresverwaltung die Lieferung eines großen Postens Kakaopulver übernommen und davon 15 000 Kilo bei dem Kaufmann Strah in Amsterdam bestellt. Die Ladung kam in fünfzehn der Schiff auf dem Rhein bis nach Düsseldorf und wurde dort angehalten. Die inzwischen auf Veranlassung der Heeresverwaltung vorgenommene chemische Untersuchung der Kakaopulver hatte nämlich ergeben, daß es sich um höchst minderwertiges Zeug handelte. Das „Kakaopulver“ bestand in der Hauptgesamtheit aus gemahlener Kakaoschalen, vermischt mit Sand. Die Annahme wurde verworfen und nun auf Veranlassung der Nürnberger Firma die Ladung in Düsseldorf freihändig und im Wege der Versteigerung verkauft. Den Käufern gegenüber wurde jede Garantie über die Qualität der Ware abgelehnt. Camps kaufte davon fünfzig Tausend zum Preise von 6820 Mark. Nach der Auktion ergab sich — auf Veranlassung der be-

kannter Kölner Zuckerwarenfabrik Gebr. Stollwerck — die Nahrungsmittelpolizei, um Proben zu entnehmen. Sie kam jedoch reichlich spät, denn der größte Teil der 15 000 Kilo war schon von den Käufern abgeholt worden. Die Untersuchung der Puffer ergab, daß sie meist mit Kakaoschalen, Sand und — Pferdemeist gefüllt waren. Bei Camps wurden am 2. Januar 1915 noch 25 Puffer gefunden und beschlagnahmt. Er erhielt eine Anklage wegen Fälschens gefälschter Nahrungsmittel, wurde aber vom Schöffengericht mangels genügender Beweise freigesprochen. Die vom Amtsanwalt gegen diesen Freispruch eingeleitete Berufung kam erst im letzten Freitag vor der Düsseldorf'schen Strafkammer zur Verhandlung. Camps wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt und die Einziehung der 25 Tausend „Kakaopulver“ beschlossen. Camps ist Holländer und handelt mit allen möglichen Gegenständen. Wohin die übrigen Mengen der 15 000 Kilo „Kakaopulver“ gekommen sind, ließ sich nicht mehr feststellen; sie werden ihren Weg über den Zwischenhandel zu den betrogenen Konsumenten gefunden haben.

Unverständlich sind die so geringfügigen Strafen, die solche Betrüger und Fälscher vielfach erhalten. Die Volksauswähler sagen sich: schlimmer kann die Sache nicht werden. (2)

Ein Nord in Magdeburg. Am vergangenen Sonntag, vor-mittags gegen 9 1/2 Uhr, wurde die 68 Jahre alte Prostituierte Minna Duffe in ihrer Wohnung in Magdeburg tot aufgefunden. Sie lag in einer großen Blutlache auf dem Fußboden ihrer Wohnstube. Die Feststellungen ergaben, daß die Frau ermordet sein muß. Sie hatte zwei tiefe Schnitte an beiden Seiten des Halses, die tödlich gewesen sind und eine Verblutung herbeigeführt haben. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Zwei Mörder verhaftet. Der Frankfurter Kriminalpolizei ist es gelungen, den Raubmord an dem 78 jährigen Privatier Hermann aufzuklären. Die Täter sind zwei junge Männer im Alter von 18 und 20 Jahren, Heinrich Münzer und Wilhelm Kirchner. Sie sind verhaftet und geständig.

Durch flüssiges Eisen verbrannt. Aus Oberhausen wird gemeldet: Auf der „Gute Hoffnung“-Hütte erfolgte ein Durchbruch eines Hochofens. Fünf Arbeiter wurden durch flüssiges Eisen verbrannt; einer ist bereits gestorben.

Das rasierte Schwein. Im weimarischen Dorfe Ndeskadi wollte ein Landwirt, obwohl Privatbesitzer, seinen Hof streng bebauten, doch für seinen Hausgebrauch sein herangemastetes Porcschwein schlachten. Damit nun der Bräutigam ihn nicht verrate, ließ der Schlachtmann das Schwein sorgfältig ein und rasierte es nach allen Regeln der Kunst. Soweit ging auch alles ganz gut, aber beim Zurmachen drangen verärrerische Duffe in die Nachbarschaft. Die Schlachtware wurde nunmehr beschlagnahmt und als corpus delicti nach Weimar gebracht, damit dem Landwirt der Prozeß gemacht werde.

Die Sommerzeit in England. Im Unterhaus ist mit 170 gegen 2 Stimmen ein Antrag auf Einführung der Sommerzeit angenommen worden. Die englische Regierung wird demgemäß anordnen, daß am 21. Mai um 2 Uhr morgens die Zeitmessung um eine Stunde vorgezogen wird. Die Wiederherstellung der alten Zeitmessung wird am 1. Oktober stattfinden. Die Zeit von Greenwich wird für wissenschaftliche, Schiffsfahrts- und einige andere Zwecke in Geltung bleiben.

## Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis (III. Abteilung, Friedrichshagen, Steglitz) 9 a 11 abends: Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. — 9 a 11 morgen: Donnerstag, den 11. Mai, bei Krüger, Bernauer Straße 63.

Fünfter Kreis, 2. Abteilung, Mittwoch, den 10. Mai: Gemeinschaftlicher Jahlabend beim Genossen Wewelitz, Jochstr. 7.

Steglitz. Heute Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinschaftlicher Jahlabend für alle Bezirke bei Schellhase, Wronstr. 15a. Der Jahlabend bei Jacob für den Abend der Ortsteil führt aus.

Friedrichshagen. Heute, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-versammlung der Lerche, Friedrichstr. 112. Tagesordnung: Geschäfts- und Rollenbericht. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralsversammlung. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Nöthen. Gemeinschaftlicher Jahlabend Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 Uhr, bei Kieß, Grünauer Str. 7. Vortrag des Genossen Stähmer: „Die Lebensmittelversorgung“.

Möntenal-Bezirk, Ost. Donnerstag, den 11. Mai, abends 9 Uhr, findet bei August Lange, Siemensstr. 10 in Möntenal, der gemeinschaftliche Jahlabend statt.

Reinickendorf-Ost. Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Bernomski, Reibenzstraße 109: Gemeinschaftlicher Jahlabend. Vortrag des Genossen Hermann Müller: „Aus der englischen Arbeiterbewegung“.

Kaustöbber-Viezendorf. Der gemeinschaftliche Jahlabend findet heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr in Biesdorf, Königl. 120, Restaurant Schillerstraße (Nah. Ernst Müller), statt.

Reichensee. Die für heute Mittwoch angesetzte Kreisgeneralsversammlung fällt aus. Dafür findet am Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr, bei Weisse, Berliner Allee 251, eine Generalsammlung statt.

## Kinderveranstaltungen.

Neudölln. Die Kinderspiele finden von jetzt ab wieder regelmäßig Mittwoch nachmittags im Reptomer Park statt. Treffpunkt 3 Uhr am Uferweg (Hindenburg-Brücke).

Steglitz. Die regelmäßigen Kinderausflüge nach dem Brunenwald haben wieder begonnen und finden jeden Mittwoch statt. Treffpunkt pünktlich nachmittags 2 1/2 Uhr am Bahnhof Steglitz (Halle-Reihe der elektrischen Bahn nach dem Brunenwald). Rundvortrag ist mitzubringen. Bei schlechtem Wetter im Jugendheim, Antiepoststraße, Ecke Feuerstraße.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Konsumenten Kundenstr. 3, IV, Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Ueber für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Aufschlag und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommenentscheidung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Geschäftsbriefe und dergleichen bringe man in der Sprechstunde mit.

Devisen. Sie sind zur Zahlung der Rente bis zum Ablauf des Vertrages verpflichtet. — S. S. 111. Der Hauswirt kann Ihnen verbieten, Kaminofen auf dem Balkon zu halten. — A. 101. 1. In; Anweisung zu einem gegenseitigen Testament erhalten Sie bei uns in der Sprechstunde, 2. In. 3. Nein. — S. 100. Die Unterfuchung wird nicht weitergeleitet; Sie müssen der Steuerklasse von Ihrer Jurastellung Mitteilung machen. — A. 1916. 1. Nein. 2. Wenn keine salutarische Bestimmung im Verein getroffen ist, zu welchem Zweck der etwa vorhandene Rollenbestand bei Auflösung des Vereins Verwendung finden soll, so muß der Rollenbestand an die noch vorhandenen Mitglieder des Vereins gleichmäßig verteilt werden. — G. G. 1. In. 2. Da Sie noch im Willkürverhältnis stehen, ist die Entlohnung zulässig. — S. S. 65. In; Antrag auf Ausschaltung des Storgutbesitzes ist unter Angabe der Sparkasse und der Nummer des Sparbuches an den Gemeindevorstand zu richten. — S. 14. Die Wohnung für einen Sergeanten im Felde beträgt 57 Mark pro Monat. — Palme 220. 1. Die Verträge sind überhaupt nicht vom Einkommen in Abzug zu bringen. 2. In. 3. In. 4. Wir würden Ihnen empfehlen, diese Lastfrage in der Refamation anzuführen und Herabsetzung der Steuer zu beantragen. — A. G. 14. Sie können nicht ohne weiteres ziehen. Der Wirt wird vorgeben, die beim Vertragsabschluss eingegangenen Bedingungen erfüllt zu haben. Weitere Ansprüche an den Wirt zu stellen, halten wir für ansichtslos; Sie können höchstens die Wohnung vertragsmäßig anfordern. — Friedenau 99. In. 23. G. 59. Sie können die niedrigste Beitragsklasse haben. In zwei Jahren müssen mindestens 20 Markten geleistet sein und die Anzahlkarten zum Umlauf vorgelegt werden. — 23. 23. II. 90. Nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Ein wenig wärmer, vielach better, aber veränderlich und im Westen sowie längs der Küste leichte Regenschläge.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Vorstandsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Schlosser  
**Adolf Schwarz**  
Kneußlin, Parzer Straße 93,  
am 7. Mai gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 11. Mai, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des alten Thomaskirch-  
hofes, Hermannstraße, aus statt.  
Regelmäßige Teilnahme wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, dass unser Kollege, der  
Metallarbeiter  
**Paul Stempel**  
Brandenburgstr. 8,  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 11. Mai, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des alten Thomaskirch-  
hofes, Hermannstraße, aus statt.  
Regelmäßige Teilnahme wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, dass unser Kollege, der  
Metallarbeiter  
**Julius Höhne**  
Kneußlin, Biederichstr. 12,  
am 7. Mai gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 10. Mai, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Jakobikirchhofes,  
Hermannstraße, aus statt.  
Regelmäßige Teilnahme wird erwartet.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, dass unser Kollege, der  
Metallarbeiter  
**Gustav Katschke**  
am 29. April gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
116/10 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme, für die herrlichen Blumen-  
spenden beim Begräbnis unseres  
lieben Entschlafenen, des Guttmachers  
**Hermann Kruse**  
lagen wir hiermit unsern herzlichsten  
Dank.  
Berlin, 9. Mai 1916.  
Familie Kruse.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.  
Zweigverein Berlin.  
Bezirk Moabit.  
Am 7. Mai starb unser Mit-  
glied, der Hilfsarbeiter  
**August Schlinke.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
von der Halle des Friedhofes  
Friedhofes in der Müller-, Ecke  
Seeferstraße, aus statt.  
Regelmäßige Teilnahme wird erwartet.  
141/16 Die örtliche Verwaltung.

Allen Bekannten und Ver-  
wandten die traurige Nach-  
richt, dass unser lieber, ein-  
ziger Sohn  
**Hugo Hennig**  
Ref.-Inf.-Regt. 201  
am 1. Mai 1916 gefallen ist.  
Allen, die teurer im Felde  
Liebesvoll gedachten, unsern an-  
rührendsten Dank.  
**Paul Hennig und Frau,**  
Stettiner Str. 36.

Als Opfer des Weltkrieges fiel  
am 28. April 1916, nach 30 Monats-  
langen, harten Kämpfen, mein  
innigstgeliebter Mann, Bruder,  
Schwiegersohn, Schwager und  
Onkel, der Gefreite der Reserve  
**Wilhelm Starke**  
Refer.-Inf.-Regt. 207, 4. Komp.,  
Inhaber des Eisernen Kreuzes,  
im Alter von 27 Jahren. 6715  
Die zeigt an im Namen aller  
Hinterbliebenen, die tieftrauernde  
Gattin  
**Witwe Anna Starke**  
geb. Kolm.

Allen Bekannten die traurige  
Nachricht, dass meine liebe Frau  
**Pauline, geb. Ziem,**  
nach kürzerem schweren Kranken-  
lager am Sonntag, den 7. Mai  
1916, gestorben ist.  
Der trauernde Gatte  
**Max Weidemann.**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 11. Mai, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedhofes in Steinhil-  
dorf aus statt. 11111  
Abfahrt Hof, Charlottenburg 4.00 Uhr.

Deutscher Holzarbeiterverband.  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Stellmacher  
**Johannes Fricke**  
Strahburger Str. 29  
im Alter von 53 Jahren ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 10. Mai, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des Friedhofes der Georgen-  
Gemeinde in Weihen, Hilde-  
straße, aus statt.  
86/10 Die Ortsverwaltung.

Fahradverkauf Vintzenstraße 19.

Als Opfer des Weltkrieges fiel  
am 3. Mai 1916 unser Kollege  
**Erich Heere.**  
Wir werden sein Andenken in  
Ehren halten! 12511  
Die Kollegen  
der Firma Argus.  
**Häemorrhoiden**  
schwinden schnell u. schmerz-  
los durch **Myrobalanum**,  
sicher bewährteste außer-  
liche Anwendung. M. 2,50.  
**Otto Reichel,**  
Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Am 7. Mai verstarb plötzlich  
infolge Bluthurzes unser Mit-  
arbeiter, der Nachschmied  
**Bernhard Hamecher**  
im Alter von 36 Jahren.  
Wir betrauern aufrichtig seinen  
frühen Heimgang und werden  
ihm ein gutes Andenken be-  
wahren! 6736  
Das Personal der Königl. Hof-  
buchdruckerei Mittler u. Sohn.  
**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme und Kranzspenden bei der  
Beerdigung unseres lieben Sohnes  
und Bruders, des Schlossers  
**August Heine**  
Burgsdorfer Str. 3  
lagen wir allen Freunden, Ver-  
wandten, sowie den Kollegen von der  
Königl. Werkstätte Spandau O. 2  
und für die tröstlichen Worte des  
Gemeinen Mannes unsern herz-  
lichsten Dank.  
**Familie Heine.**

Von Herzen viel Glück  
wünschen unserm lieben, braven  
Gemeinen und Antämpfer  
**Max Eichner**  
am Tage der 25jährigen Zu-  
gehörigkeit zur Partei und zu  
unserm Wahlverein 244/2  
Der Vorstand  
und die Bezirksführer des  
Sozialdemokr. Wahlvereins  
in Reinickendorf-Ost.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
nach Mass, schick, dauerh. Zutaten  
von 38 Mark an. **Moritz Laband,**  
Neue Promenade 8, 11. (Stadt Börs.)  
**Für Feldsoldaten!**  
Deutsch - Polnisch 15 Pfg.  
Deutsch - Französisch 15 Pfg.  
Buchhandlung Treutels.

# Vorwärts Bibliothek

Gute Bücher für Unterhaltung und  
Belehrung gehören ins Feld!

<b>Erwedi</b>	Ein Roman aus dem Vorkriegszeiten von K. G. G.
<b>Der Answeg</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Das Land der Zukunft</b>	Reise- beschreibungen von A. Hoff
<b>Berschiedenes Volk</b>	Reise- beschreibungen von A. Hoff
<b>Der Prinzipienreifer</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>In den Tod getrieben</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Der Pariser Garten</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Mutter</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Der Morgen graut</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>1000 Mark Belohnung</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Die Seitererei</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Dem Waisenhause zur Fabrik</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Der Gotteslästerer</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Die Kartendiebin</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Kriegsfabriken</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Kriegsberichte</b>	Die Geschichte des Krieges
<b>Gesen im Kriege</b>	Die Geschichte des Krieges

**Jeder Band gebunden. Preis 1 M.**  
Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H.  
Berlin S.W. 65, Lindenstraße 3.

## Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Bahndorf, Warten 174.  
O. Karl Welle, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Markstraße 35.  
N. O. S. Just, Ammannstr. 12.  
N. A. Wolgast, Baitstraße 9. G. Fischer, Baitstraße 6.  
K. W. Mars, Greifenhagen Str. 22. J. Gönlich, Müllerstr. 31a.  
G. Vogel, Lortzingstr. 37.  
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagen Str. 43.  
SW. G. Schmidt, Bismarckstr. 42.  
S. St. Brin, Brinstraße 31. G. Schumann, Kottbuser Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Lantierstr. 14/15. V. Horich, Engelstr. 15.  
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28.  
Baumschulenweg. G. Gornig, Parienthaler Str. 13. I.  
Borsigwalde. Paul Kienast, Müllerstr. 18.  
Charlottenburg. Gustav Schwarzbach, Seidenheimer Str. 1.  
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.  
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal. Max Goulik, Baitstr. 23.  
Karlshorst. Hermann Silling, Bismarckstr. 28.  
Köpenick. Emil Wichter, Kottbuser Str. 6. Laden.  
Lichtenberg I. Otto Seifert, Baitstraße 1.  
Lichtenberg II. A. Rosenkrantz, Alt-Borsigstr. 56.  
Neukölln. W. Reinisch, Redarstr. 2. G. Köpfer, Siegfried-  
straße 28/29.  
Nieder-Schöneweide. Wilh. Haruh, Brückenstr. 10.  
Nowawes. Karl Kröbner, Eisenbahnstr. 10.  
Ober-Schöneweide. Alfred Wader, Wilhelmshagenstr. 17. Laden.  
Pankow. Otto Rühmann, Müllerstr. 30.  
Reinickendorf. V. Gurich, Bismarckstr. 56. Laden.  
Schöneberg. Wilhelm Hammer, Köpenicker Str. 9 im Laden.  
Spandau. Schumacher, Baitstraße 64.  
Steglitz. G. Bernies, Müllerstr. 5.  
Tempelhof. Joh. Krohn, Bismarckstr. 62.  
Treptow. Robert Gramann, Bismarckstr. 412. Laden.  
Wesensee. Gustav Köpfer, Berliner Allee 11.  
Wilmsdorf. Paul Schaubert, Wilhelmshagenstr. 27.

## 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 3. Ziehungstag 9. Mai 1916 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe  
Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hohle  
gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr K. St. A. I. S.) (Nachdruck verboten)

43 519 38 615 33 711 843 57 83 (500) 940 64 104211 672 640	44 48 15 030 32 185 330 (500) 649 62 66 88 704 960	104027 (500) 78 153 70 249 83 391 539 981 (1000) 107126	205 338 452 93 633 829 304 60 188297 340 70 419 747 659	907 29 109084 338 633 741 621 (500) 63 960 97						
110117 284 491 737 928 (500) 111100 477 557 (1000) 685	885 63 112220 35 788 933 61 113124 78 204 418 632 664 661	114221 25 351 86 438 634 650 851 115213 629 46 110509	121 202 (1000) 497 621 (500) 839 117025 45 131 409 61 632	63 66 (1000) 741 127055 181 (500) 293 433 512 93 947 128178	277 611 34 629 868 128010 63 171 238 64 (500) 399 505 607	33 29 324 917 45				
129000 187 421 634 75 121007 95 247 98 (500) 353 407	615 68 (500) 794 903 6 30 122051 63 186 539 45 676 123118	232 62 925 993 124109 286 346 (500) 82 610 799 507 12 31	125008 334 364 653 902 126045 147 90 401 54 69 75 617 64	629 (1000) 741 127055 181 (500) 293 433 512 93 947 128178	277 611 34 629 868 128010 63 171 238 64 (500) 399 505 607	33 29 324 917 45				
130240 67 71 312 35 (500) 75 437 634 92 618 819 910 83	(1000) 61 131074 (500) 87 (3000) 163 56 430 868 (500) 790 978	132055 96 167 264 670 88 133166 240 336 (1000) 465 84 852	631 712 17 73 874 134253 631 64 72 612 715 624 135068	67 243 445 (500) 629 629 607 252 136326 6 7 54 68 401 618	(1000) 44 54 (500) 70 88 720 41 891 95 137044 297 369 525	633 927 138139 299 317 59 483 674 947 64 138296 309 (500)	434 558 87 670 70 18 19 28			
140158 262 449 671 (500) 683 794 663 141036 111 78 901	80 53 419 76 641 96 745 971 (3000) 142600 (500) 71 130 263	327 (500) 618 25 602 143140 255 304 27 418 66 627 761 7	870 144004 126 47 607 662 69 805 973 145186 176 306 625	82 021 739 73 66 808 9 945 91 146071 182 391 404 636 (1000)	142 (1000) 844 147048 162 287 75 76 7313 72 659 692 81 606	148190 222 368 (1000) 618 774 809 15 998 149098 269 300	62 817 618 649 (500) 769 845			
150125 331 (500) 585 686 (1000) 897 917 (1000) 25 74	151988 620 (500) 793 152188 231 (500) 372 704 44 45 75	153190 77 273 316 452 565 610 725 (1000) 95 704 154029	68 (500) 387 (500) 510 711 155077 213 09 (500) 80 367 644	49 67 740 94 158221 35 621 (500) 704 61 63 784 829 951	157276 654 725 894 158356 679 651 705 76 88 814 38 887	159095 314 626 692 847 97				
160132 181 624 78 73 (500) 804 7 161001 114 625 996	162760 634 59 85 949 76 (500) 841 139 314 (1000) 499 627	161009 91 65 652 74 160843 698 (1000) 89 998 167004 (500)	673 492 607 635 49 734 168140 489 631 645 (1000) 438 58	171102 4 305 415 777 (1000) 831 907 12 17140 63 247	858 702 21 31 854 172006 35 (500) 175 254 331 410 788	862 993 171918 607 414 (1000) 818 995 174181 833 58 617	655 608 49 178156 210 (500) 357 98 994 (1000) 668 (1000)	799 659 73 179226 809 17 486 625 64 94 800 (500) 960	177413 623 31 736 62 973 81 (500) 178201 306 28 95 400 9	81 (500) 59 684 15 179156 360 74 411 688
180488 447 691 898 181264 338 584 89 842 182017 394	467 989 183156 365 94 421 60 879 993 810 808 184024 180	269 425 650 736 70 672 185003 277 (500) 315 929 189072	115 (1000) 41 241 47 821 (500) 424 45 688 83 549 91 187373	85 861 96 908 188015 89 181 218 318 22 61 669 602 43 718	867 188014 151 64 202 11 401 56 (1000) 656 99 625 (3000)	41 840 83 (500) 922 (500) 71				
190097 137 101 (1000) 37 430 24 524 87 85 655 95 191215	81 431 530 (500) 72 938 192011 646 65 697 710 193118 201	412 879 976 194082 214 422 37 738 (3000) 245 939 195005	436 567 905 718 (1000) 196113 213 339 97 696 976 831 97 947	197135 90 207 48 309 435 (500) 913 48 92 198114 267 85	391 494 641 622 898 (500) 199093 (3000) 116 54 253 (500)	300 (500) 456 828				
200255 305 465 (500) 674 603 634 201044 222 723 961	84 58 (3000) 209129 651 633 78 719 833 203212 32 81 417	62 734 833 204181 (1000) 503 39 794 833 205354 205354	688 696 901 206217 407 66 645 207058 (1000) 289 96 871	70 712 208026 973 441 606 707 (1000) 823 209150 304	70 436 870 637 92					
210188 304 40 603 799 941 71 211092 127 56 (500)	259 300 (500) 450 483 94 777 999 212040 71 92 150 263 68	404 419 24 651 820 85 92 828 (500) 213029 242 407 504 45 629	821 99 214054 131 398 (3000) 426 639 635 42 72 947 69	215058 94 134 74 87 207 24 (500) 505 425 97 (3000) 563 698	711 216038 63 65 281 14 440 92 755 77 217290 415 80	218208 61 (1000) 74 78 85 398 (500) 699 754 (1000) 653	219047 295 (3000) 341 676 696 74			
220225 49 105 38 321 42 338 448 93 (1000) 738 39 74 808	99 928 69 221077 97 141 80 343 (500) 61 702 845 222008	212 315 614 656 (500) 45 780 223126 212 344 78 (1000) 94 86	462 99 646 72 723 86 97 869 73 766 224 118 236 48 695 623	422 984 225073 482 96 850 75 706 228 37 90 228003 246	418 91 648 67 71 83 649 701 87 962 227027 249 444 611 61	858 823 901 83 228079 94 632 871 90 229021 65 344 64	648 944 984			
230099 230 58 331 464 556 612 (500) 75 736 231203	(5000) 12 29 61 679 736 232025 207 306 731 (500) 978 98	233296 394 485 590 600 234								

## 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 3. Ziehungstag 9. Mai 1916 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe  
Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hohle  
gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr K. St. A. I. S.) (Nachdruck verboten)

110001 13 107 601 (3000) 77 780 81 890 907 16 110229	179 263 65 463 636 732 44 849 957 71 112992 198 268 642 71	825 939 113691 80 82 285 32 65 768 859 65 (500) 97 948	114011 274 753 957 115214 414 689 84 738 95 (1800) 601 6	921 99 116021 (1000) 145 272 70 467 626 63 64 (500) 66 6	600 728 959 117022 32 62 139 256 68 58 319 555 743 (500) 69	902 79 118368 (1000) 666 853 119104 60 53 (1000) 63 217 32	316 (500) 45 406 500 89 756 920 48																
120325 428 739 (500) 846 121003 75 63 163 234 51 21232	428 85 603 646 785 843 95 940 122000 60 139 42 518 123305	615 705 124408 10 644 614 82 980 37 125041 118 260 698	628 (588) 738 938 941 91 126134 42 268 95 365 494 500 (500)	14 (1000) 739 (3000) 814 (3000) 127036 56 676 896 (3000) 958	128038 292 (1000) 674 601 737 129124 73 88 233 353 93	629 39 965																	
130635 80 (500) 471 685 717 75 81 880 84 996 (1000)	131216 (1000) 34 73 436 671 98 122000 60 139 42 518 123305	104 (1000) 76 132118 (1000) 677 668 715 34 901 132047 121 201	300 74 (3000) 607 (500) 661 67 814 134009 73 (500) 277	438 58 549 (500) 685 765 875 87 833 135025 (500) 125 245	(1000) 61 332 247 72 70 658 (3000) 729 626 (500) 846 (3000)	138159 (3000) 81 234 85 449 548 799 840 95 838 98 137079	104 329 499 659 97 99 893 818 138036 37 98 150 345 418 530	(500) 65 68 909 (1000) 79 158277 358 434 85 564 732 594 667	144043 18 86 616 94 928 142287 31 736 914 62 144006 67 878	472 513 827 92 928 142287 31 736 914 62 144006 67 878	68 143162 89 (500) 564 673 144 74 699 144411 (1000) 194	403 28 37 647 695 70 99 145004 21 82 85 88 115 24 (500)	436 (500) 651 691 704 42 656 146157 81 (1000) 200 622 28 709	147000 20 491 621 621 97 146151 333 89 (500) 453 660 80	870 146029 (500) 184 207 71 97 961	150024 160 80 251 309 23 64 692 718 33 634 (5000)	151009 204 (500) 69 (3000) 531 621 738 689 977 152122 206	62 812 427 44 (1000) 85 (1500) 595 727 87 (500) 620 63 153004	617 400 77 999 154058 119 201 419 678 714 72 966 69	155100 440 63 81 608 709 60 81 78 872 75 156081 321 61	96 414 687 744 (1000) 930 47 157002 25 (500) 42 75 139	329 540 949 733 (1000) 67 938 158338 39 (500) 47 159071	156 404 22 (500) 674 (500) 733 86 802 889 (1000)
160644 806 67 (1000) 804 160010 11 81 188 345 458 683	(1000) 384 50 907 84 162017 (1000) 303 428 939 77 163045	328 421 31 (3000) 697 164476 535 706 67 897 92 931 165047	249 461 65 553 768 166176 (500) 226 (3000) 544 59 65 640 701	91 933 167064 115 66 337 81 487 737 63 74 814 93 168031	134 70 241 77 257 85 464 91 610 (1000) 619 75 169045 268	479 (1000) 74 597 43 617 738 528 82 946	170078 74 597 730 904 171047 219 658 78 603 63 808 65	172088 64 621 76 609 928 49 173038 75															